

echo 2017

Museumsgesellschaft Ulm



Titel: Ältestes Foto der Oberen Stube,
Aufnahme von Felix Alexander Oppenheim
aus dem Jahr 1856

INHALT

- 03 Editorial
- 04 Rückblick 2016
- 10 Kulturhistorischer Tag 2016
Wolf-Henning Petershagen
- 13 Literaturwoche 2016
Florian Arnold
- 16 Friedenswahrung, Krisenmanagement
und Konfessionalisierung
Stephanie Armer
- 28 Krieg in der Stadt
Ingrun Klaiber
- 38 Andreasgastung 2016:
Guido Wolf: „Politikergeschwätz –
oder: Die Kunst des richtigen Tons“
- 41 Neue Vorstandsmitglieder
- 43 Impressum

EDITORIAL

Klaus Rinke

Liebe Mitglieder und Freunde der Museumsgesellschaft,

2016 – wir schauen auf ein abwechslungsreiches Programm unserer Gesellschaft zurück. Im Echo spiegeln sich die Ereignisse in Bildern und Texten.

Das Titelbild des „Echo“ erinnert an die Ausstellung der Oppenheim-Fotografien bei uns. Dank Raimund Kast reisten die Bilder aus dem Berliner Archiv nach Ulm. Im Leuchtkasten am Eingang unserer Räume präsentiert sich inzwischen die älteste Fotografie unseres Hauses dauerhaft.

Ausführliche Berichte widmen wir dem Kulturhistorischen Tag mit „tiefen“ Einblicken in die Bundesfestung. Henning Petershagen fasst den gemeinsam mit dem Freundeskreis Bundesfestung Ulm gestalteten Rundgang durch teilweise unbekannte Anlagen zusammen.

Florian Arnold zeigt Impressionen der Literaturwoche. Sie startete in den Räumen der Museumsgesellschaft mit Nora Gomringer „Ich bin doch nicht hier, um Sie zu amüsieren“. Die aus Österreich angereiste Theatertruppe „teatro caprile“ erfreute uns mit ihrem skurrilen Wortwitz.

Zum dritten Mal konnten wir den Historikerpreis verleihen. Frau Stephanie Armer setzte sich in ihrer Arbeit mit Friedenswahrung, Krisenmanagement und Konfessionalisierung auseinander und Ingrun Klaiber analysierte den Krieg in der Stadt.

Der baden-württembergische Justizminister Guido Wolf lässt in seinem Echobeitrag seine humorvolle Festrede „Politikergeschwätz“ bei der 227. Andreasgastung anklingen.

Musikalische Eindrücke können wir leider nicht wiedergeben. Viele Mitglieder und Gäste verfolgten das von Raimund Kast hervorragend gestaltete Programm von Klassik bis zu neuer Musik. Auch im kommenden Jahr werden wir mit der Goethesellschaft, der Gesellschaft 1950 und dem Humboldtzentrum der Universität Ulm Veranstaltungen bestreiten.

Mein herzlicher Dank gilt dem Redaktionsteam um Michael Wettengel, den Referenten für ihre Manuskripte, unserer Grafikerin Sabine Lutz und Franz Bosch für seine wie immer ausgezeichneten Fotos.

Wir sind wie immer gespannt auf Kommentare, konstruktive Kritik und Lob zum Heft. Haben Sie interessante Bilder oder Texte zu Gesellschaftsaktivitäten aus vergangenen Jahren oder ganz aktuell? Wenden Sie sich gerne an das Redaktionsteam.

Viel Spaß beim Lesen!

RÜCKBLICK 2016

13. Januar

In Zusammenarbeit mit der Südwest Presse präsentierten wir das Vogler-Quartett. Das renommierte Berliner Streichquartett hat seine Erlebnisse aus 30 Jahren gemeinsamen Musizierens in dem Buch „Eine Welt auf sechzehn Saiten“ Revue passieren lassen und stellte dieses Buch vor, moderiert von Jürgen Kanold, dem Feuilleton-Chef der Südwest Presse. Dabei stellte das Streichquartett sein musikalisches Können unter Beweis, unter anderem mit Sätzen aus dem 1. Streichquartett Erwin Schulhoffs, Bachs „Kunst der Fuge“ oder mit Stücken von Haydn.

2. Februar

Beim ersten Gesellschaftsabend führte uns Irene Franziska Maurer in ihrem anregenden Vortrag „Von der Quacksalberei zur Wissenschaft“ durch 650 Jahre Pharmaziegeschichte in Ulm, die mit der erstmaligen Erwähnung eines Apothekers in der Reichsstadt im Jahr 1364 begann.

10. Februar

Gemeinsam mit der Gesellschaft 1950 haben wir auch in diesem Jahr unseren besonderen Aschermittwochs-Ausklang begangen, indem wir nach der Tradition der Gesellschaft 1950 Geschirr und Speisen mitbrachten.

18. Februar

Mit Jazz verwöhnte uns das Duo Illico Presto. Die ungewöhnliche Instrumentenkombination Oboe (Jean-Luc Fillon) und Akkordeon (Didier Ithursarry) mit einem Schuss Pariser „Swing Manouche“ hat uns begeistert!

15. März

In ihrem Vortrag „Ulmer Kulturlandschaft und deren Gestaltungsmöglichkeiten“ sprach Kultur- und Sozial-Bürgermeisterin Iris Mann in der Oberen Stube, darüber, wie ein Kulturentwicklungsplan die Weichen für die kulturellen Entwicklungen in der Stadt stellen soll.

8. April

Der Gesang der jungen Sopranistin Theresa Mack, die von Tarek El Barbari am Klavier begleitet wurde, erfreute die Mitglieder. Theresa Mack wurde 1995 in Ulm geboren, studiert derzeit an der Musikhochschule in Freiburg und wurde mehrfach bei dem Wettbewerb „Jugend musiziert“ ausgezeichnet.



12. April

Der Abend stand im Zeichen der Literatur. Gemeinsam mit der Goethe-Gesellschaft hatten wir einen unterhaltsamen Literaturabend über den Schriftsteller und engen Vertrauten Goethes, Johann Peter Eckermann, unter dem Motto „Ich denke und spreche nichts als von Goethen“. Gestützt auf autobiografische und literarische Texte Eckermanns, lieferte uns Heiko Postma ein lebendiges und amüsantes Porträt dieses Schriftstellers und zugleich ein Literatur- und Sittengemälde der Goethe-Zeit.



20. April

Als Hauptveranstaltung der Literaturwoche Ulm fand in unseren Gesellschaftsräumen unter dem Titel „Ich bin doch nicht hier, um Sie zu amüsieren“ eine Lyrik-Lesung der Dichterin Nora Gomringer statt. Sie gilt als Ausnahmetalent und ist Trägerin des Ingeborg-Bachmann-Preises 2015. Seit 2006 wird die Autorin vom Verlag Voland & Quist betreut, dessen Verleger Leif Greinus ebenfalls gekommen war.

4. Mai

Im Rahmen der Literaturwoche kam teatro caprile aus Wien in die Obere Stube. Scurriles über den Kosmos, die Welt und was da so zwei- und mehrbeinig herumläuft, war zu hören. Aus den Texten von Karl Valentin, Fritz von Herzmanovsky-Orlando, Florian L. Arnold, Daniil Charms und Konrad Bayer gab das Wiener Kleintheater einen umwerfenden Abend skurriler Literatur.

10. Juni

Die Ulmer Förderpreisträgerin und Stipendiatin Anja Gerter (Violine) und die Pianistin Nargiza Alimova, Preisträgerin mehrerer internationaler Klavierwettbewerbe und seit 2007 Dozentin an der Musikhochschule Karlsruhe, begeisterten uns mit Stücken von Eugène Ysaÿe, César Franck, Fazil Say, Astor Piazzolla und Leo Ornstein.

von links nach rechts: Konzert
Anja Gerter (Violine) und die Pianistin
Nargiza Alimova (10. Juni 2016)

Irene Franziska Maurer (2. Feb. 2016)



14. Juni

Thema unseres Gesellschaftsabends waren historische Fotografien und Filme von Ulm. Raimund Kast erläuterte uns in einem spannenden Vortrag die Fotografien von Felix Alexander Oppenheim aus den Jahren 1855/56, die in der Oberen Stube ausgestellt waren. Eines von ihnen zeigt die alte Obere Stube, das Haus der Museumsgesellschaft. Danach führte uns Günter Merkle alte Ulm-Filme vor, darunter auch solche, die bislang unbekannt waren.

24. Juni

Gemeinsam mit dem neugegründeten Literatursalon Ulm e. V. luden wir den erfolgreichen Lyriker und Schriftsteller Lutz Seiler ein, der aus seinem neuen Buch „Die römische Saison“ las, das sich mit seinem Aufenthalt in der Villa Massimo befasst.

Lutz Seiler, 1963 in Gera geboren, leitet seit 1997 das literarische Programm im Peter-Huchel-Haus in Wilhelmshorst bei Potsdam und wurde 2007 für die Erzählung „Turksib“ mit dem Ingeborg-Bachmann-Preis und für sein im September 2014 erschienenes Romandebüt „Kruso“ mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet.

3. Juli

Unser Kulturhistorischer Tag führte uns diesmal zu den Geheimnissen der Bundesfestung Ulm. Für den wunderbaren Ausflug, die gelungene Auswahl und Organisation danken wir dem Förderkreis Bundesfestung Ulm.

12. Juli

In der Oberen Stube fand die Mitgliederversammlung der Museumsgesellschaft Ulm statt, in der folgende Vorstandspositionen bestätigt wurden: Stellvertretender Vorstand (Henning Petershagen), Rechnungswesen (Gerhard Görthofer), Echo und Preisausschreibungen (Michael Wettengel), Mitgliederverwaltung (Andreas Kohn), Hausservice (Gerhard Semler).

Auf eigenen Wunsch schied Heide Lehmann als Schriftführerin aus. Zur Nachfolgerin wurde Susanne Pierburg gewählt. Ebenfalls auf eigenen Wunsch schied Heinz-Bernd Gantz als Kassenwart der Gesellschaft aus, zum Nachfolger wurde Martin Reutter gewählt. Als neues Ausschuss-Mitglied für den Bereich Verwaltungsorganisation wurde Patrick Förster gewählt.



Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wurden Projekte zur Integration von Flüchtlingen und zur Unterrichtung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien von Heidrun Wieland, Fachberatung für Interkulturelle Bildung beim Staatlichen Schulamt Biberach, und von Ralf Rainer Reimann, Akademie für darstellende Kunst (ADK), vorgestellt, die von der Museumsgesellschaft gefördert wurden.



13. September

Der Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung in Ulm, Generalleutnant Richard Roßmanith, referierte zum Thema „Deutsche Sicherheitspolitik und Bundeswehr vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen“.

11. Oktober

Gemeinsam mit der Gesellschaft 1950 hörten wir Walter Frei, der die humoristisch-hintergründigen Gedichte aus dem Werk des Lyrikers Eugen Roth rezitierte, am Akkordeon begleitet von Magnus Schneider.

18. Oktober

Einen philosophischen Schwerpunkt hatte der Abend mit Professor Dr. Matthias Wunsch, Gastprofessor am Humboldt-Studienzentrum für Philosophie und Geisteswissenschaften der Universität Ulm. Er hielt einen Vortrag zum Thema „Gibt es zwischen Mensch und Tier einen wesentlichen Unterschied?“.

11. November

Der Jazzpianist, Komponist und Arrangeur Enrico Pieranunzi begeisterte uns mit seinem Programm „Enrico Pieranunzi plays Domenico Scarlatti“. Enrico Pieranunzi wurde mehrfach mit dem Jazz D'OR als Europas bester Jazzmusiker ausgezeichnet. Er zählt zu den wenigen Pianisten, die Jazz und Klassik auf höchstem Niveau spielen können, und überzeugte mit seinen Improvisationen des bedeutenden Barockkomponisten.

von links nach rechts: Enrico Pieranunzi
(11. Nov. 2016)

Florian Arnold und Lutz Seiler
(24. Juni 2016)

Generalleutnant Roßmanith (13. Sept. 2016)

Kulturhistorischer Tag (3. Juli 2016)



15. November

Zum dritten Mal wurde der Geschichtspreis der Museumsgesellschaft verliehen. Er soll Nachwuchs-Historikerinnen und -Historiker fördern, die sich mit der Geschichte der Stadt bzw. der Region Ulm beschäftigen. Diesmal wurde der Geschichtspreis zu gleichen Teilen vergeben an Dr. Stephanie Armer für ihre Doktorarbeit „Friedenswahrung, Krisenmanagement und Konfessionalisierung. Religion und Politik im Spannungsfeld von Rat, Geistlichen und Gemeinde

in der Reichsstadt Ulm 1554–1629“, und Ingrun Klaiber für ihre Dissertation „Krieg in der Stadt: Ulm zwischen Französischer Revolution und Wiener Kongress“. Nach einem Grußwort von Oberbürgermeister Gunter Czisch gaben die Preisträgerinnen spannende Einblicke in die Ergebnisse ihrer Forschungen.

Im Anschluss an die Preisverleihung wurde das persönliche „Handexemplar“ des Gedichtbandes von 1783 von Johann Martin Miller (1750–1814) vorgestellt, ein ehemaliges Mitglied der Ulmer Lesegesellschaft und einer der bedeutendsten Literaten und Aufklärer in Ulm, dessen Texte sogar von Mozart und Beethoven vertont wurden.

Der Band, eine äußerst wertvolle Rarität mit persönlichen Randnotizen, Korrekturen und Änderungen von Miller, wurde von der Museumsgesellschaft erworben und der Stadtbibliothek Ulm als Dauerleihgabe übergeben.

26. November

Die Herren der Museumsgesellschaft trafen sich zur 227. Andreasgastung. Gastredner Guido Wolf, Baden-Württembergs Minister der Justiz und für Europa, sprach über „Politikergeschwätz – oder: Die Kunst des richtigen Tons“.



13. Dezember

Den adventlichen Ausklang eines reichhaltigen, wunderbaren Museumsjahrs gestalteten Oberbürgermeister Gunter Czisch, Siyou Isabelle Ngnoubamdjum und Joe Fessele.



von links nach rechts: Stephanie Armer und Ingrun Klaiber (15. Nov. 2016)

Andreasgastung mit Minister Guido Wolf (26. Nov. 2016)

Oberbürgermeister Gunter Czisch, Siyou Isabelle Ngnoubamdjum und Joe Fessele (13. Dez. 2016)

KULTUR- HISTORISCHER TAG 2016

Wolf-Henning Petershagen

Wozu in die Ferne schweifen ...

... liegt das Gute doch so nah? Unter diesem Motto bewegte sich der Kulturhistorische Tag 2016 innerhalb der Ulmer Stadtgrenzen. Einer von Klaus Rinkel lange gehegten Idee folgend, wurde als Ziel die Bundesfestung erkoren, deren zahlreiche Festungswerke bis auf wenige normalerweise nicht zugänglich sind. Dementsprechend hoch war das Interesse: Die 104 Sitzplätze der beiden großen Busse waren bis auf den letzten Platz besetzt, als sie am Sonntag, dem 3. Juni, morgens um halb zehn am Parkplatz Wonnemar in Neu-Ulm starteten – gefolgt von mehreren Pkw mit weiteren Teilnehmern. In den Bussen bereiteten die Festungsführer Ludwig Schnitzbauer und Lothar Kneer ihr Publikum inhaltlich auf das Kommende vor.

Auf dem Programm standen am Vormittag das Fort Prittwitz (Werk XXXVII) am nördlichen Ende der Wilhelmsfestung sowie das Nebenwerk des Forts Oberer Eselsberg (Werk XXXV). Nach dem Mittagessen im Rasthof Seligweiler wurden das Fort Albeck (Werk XXXIX), das Kriegspulvermagazin in der Sântisstraße unterhalb der Wilhelmsburg sowie das unweit davon gelegene Geschossladesystem in der Prittwitzstraße erkundet.

Dieser ungewöhnliche Ausflug hätte nicht stattfinden können ohne die Organisationsleistung von Herrn Gabriel Hartlieb vom Förderkreis Bundesfestung Ulm. Er dachte an alles:

- Er arbeitete eine exakte „Choreographie“ für die Führungen aus, die abwechselnd erfolgen mussten, weil die Besucherzahl sonst zu groß gewesen wäre.
- Er sorgte dafür, dass so viele Experten des Förderkreises zur Stelle waren, wie die Führung durch die Labyrinth der Festungswerke erforderte.
- Er erkundigte sich nach der Länge der Busse, die eine Rolle spielen sollte bei den Zufahrten zum Fort Albeck und zu den Objekten auf dem Michelsberg.



Am Nebenwerk des Forts Oberer Eselsberg, das in der Nähe des Oberberghofs liegt, wären wohl die meisten vorübergezogen, ohne es zu bemerken, denn die von 1883–1887 erbaute Anlage ist ins Gelände eingetieft. Herr Holger Kämpfe vom Förderkreis ließ keine Frage offen. Abwechslung in die steinlastige Thematik brachten die munteren Ziegen, die als natürliche Rasenmäher das Gelände des Nebenwerks abgrasen und düngen.

Das halbkreisförmige Reduit des Forts Albeck mag manchen noch bekannt gewesen sein, da es von Firmen und Vereinen halböffentlich genutzt wurde und wird. Für eine große Überraschung hingegen sorgte der hintere Bereich, wo durch eine tunnelartige Fahrpoterne eine der mehrgeschossigen Doppelcaponnieren erreicht wurde, die üblicherweise verschlossen sind.

Für Staunen sorgte auch das Kriegspulvermagazin in der Sântisstraße. Wohl jeder ist schon einmal an der eisernen Türe in der Betonmauer vorbeigefahren, die den Hügel am Ostende der Sântisstraße begrenzt. Und mancher mag sich schon gefragt haben, wohin diese Tür führt. Die Teilnehmer der Festungstour wissen es nun: Die Erhebung ist künstlich, sie bedeckt das hohe, fast kirchenartige Gewölbe des Kriegspulvermagazins, das die Besucher nun von innen besichtigen konnten. Nur wenige Schritte weiter östlich stand ihnen an der Prittwitzstraße das eiserne Tor zum zweigeschossigen Geschossladesystem offen.



- Er besorgte bei der Abteilung Verkehr und Bußgeld der städtischen Bürgerdienste die Genehmigung für die Zufahrt der Busse in die Prittwitzstraße.
- Und er öffnete auch die ansonsten für die Öffentlichkeit verschlossenen Tore der Wilhelmsburg-Kaserne, über deren Gelände der Weg ins Fort Prittwitz führte.

Seine Kollegen glänzten durch Expertenwissen, das sie gerne an die Mitglieder und Gäste der Museumsgesellschaft weitergaben. Herr Siegfried Hehl führte durch das Fort Prittwitz, das 1847–1854 erbaut worden und von der Bundeswehr vorbildlich wieder hergerichtet worden ist, nachdem es zwischendurch in ziemlich desolaten Zustand geraten war.



Als die beiden Busse wieder am Treffpunkt Wonnemar eingetroffen waren, zeigten sich nicht wenige Teilnehmer ob der Fußmärsche durch die unzähligen Gänge der Festungswerke zwar erschöpft, aber höchst zufrieden. Sie hatten verborgene Bereiche ihrer Stadt kennengelernt, von denen sie zuvor nichts geahnt hatten.



LITERATUR- WOCHE 2016

Florian Arnold

Jeder Mensch sucht etwas in der Literatur – die einen eine Bestätigung für ihren eigenen Blick auf die Welt, andere das Exotische, Fremde, Außergewöhnliche. Und wieder andere lassen sich einfach überraschen. Für fast alle Arten von Lesern dürfte die 4. Literaturwoche in Ulm und Neu-Ulm etwas bereitgehalten haben. (Nicht nur) für die Veranstalter war gewiss der Eröffnungsabend in der Museumsgesellschaft Ulm mit der Lyrikerin und Spoken-Word-Artistin Nora Gomringer ein wahres Aha-Erlebnis. Zwar jammert die Buchbranche gern darüber, wie schwer verkäuflich und vermittelbar Lyrik sei, noch dazu moderne Lyrik. Dagegen sprechen die Zahlen verkaufter Bücher und die Neugründungen von Verlagen und Zeitschriften im Lyrik-Bereich. Zu dieser Renaissance einer unterschätzten Spielart der Literatur hat gewiss auch Nora Gomringer beigetragen mit ihrem ungewöhnlichen Vortragsstil, ihren gewitzten Texten, in denen die Realität nur ein Vorhang ist, den man kunstvoll beiseite schieben muss, um den Dingen auf den Grund zu gehen.



Nora Gomringer in der
Museumsgesellschaft

Lyrik entgrenzt

Den Namen Gomringer sollte man in Ulm eigentlich kennen – denn Nora Gomringers Vater, Eugen Gomringer, war Sekretär bei Max Bill an der HfG, Professor an der Akademie in Düsseldorf und Begründer der Konkreten Poesie. Der Saal der Museumsgesellschaft war überfüllt. Nora Gomringer erwies sich als charmant plaudernde und schauspielernde Alleinunterhalterin im besten Sinne. Bereitwillig ließ sie sich in die Arbeit schauen und erzählte beispielsweise, dass sie zu Beginn ihrer Laufbahn stets gefragt worden sei, ob sie die Tochter des Eugen Gomringer sei? Heute sei es genau umgekehrt – da frage man ihren Vater, ob Nora Gomringer etwa seine Tochter sei...?





Die Tochter schreibt experimentell, rhythmisch, ohne Grenzen – aber immer nah dran an ihrem Publikum, das sowohl an ihrem „Ursprungsalphabet“ großes Vergnügen hatte („Ich bin/ Ariadne, die dem Faden, dem roten, wollenen folgt/ . . . Briseis, der Achilles diente/ . . . Ich bin ein guter Maler und heiße Hitler/ . . . Ich war die Qual des Laokoon/ . . . Ich bin Rilkes Panter-Tierpfleger!“), aber auch an ironisierten Spielformen des Schreibens. Das kam gut an und die Poetin saß noch lange an ihrem Tisch und signierte Bücher.

Begegnung mit Autoren und Verlegern

Das Anliegen der Literaturwoche, nicht nur Autoren, sondern auch Verleger und Lektoren vorzustellen, gelang auch 2016 sehr gut – wobei nicht nur solche Verleger-

Legenden wie Hubert Klöpfer (Klöpfer & Meyer) oder Lucien Leitess (Unionsverlag) nach Ulm kamen, sondern auch junge Verleger wie Sebastian Guggolz. Dieser hatte sich beim renommierten Verlag Mattes & Seitz seine Sporen als Programmgestalter verdient und ist seit 2014 mit seinem Guggolz-Verlag der gefragte Spezialist für Erst- und Wiederveröffentlichung übersehener skandinavischer und russischer Literatur. In der Neu-Ulmer Venet-Haus Galerie erzählte er, wie er seinen Verlag gründen konnte – indem er als Gewinner einer Quizsendung 125.000 Euro gewann, ein komfortables Startpolster für den eigenen Verlag. Lucien Leitess hingegen ist seit den 70er Jahren eine Ikone, wenn es um internationale Literatur geht. Er ließ die Bücher von Nagib Machfus und Jasar Kemal ins Deutsche übersetzen und machte die deutschsprachige Leserschaft süchtig nach den großen Literaten aus Afrika und Südamerika.

„Alles zu sehen und zu erleben – das ging nicht. Dazu war das Programm der „Literaturwoche Donau 2016“ zu prall, zu vielfältig, zu dicht. Es hieß auswählen, mit anderen Terminen und Interessen abstimmen – auch gelegentlich schweren Herzens verzichten“, resümierte Literaturblogger Jan Haag („ConLibri“). Es sei noch auf den Abend im Café D'Art in Neu-Ulm hingewiesen, in dem sich die lokale Verlegerszene ein Stelldichein gab – ein gutgelauntes und gut besuchtes Treffen regionaler Akteure.

2016 bot das ehrenamtlich organisierte Literaturfestival links und rechts der Donau zahlreiche Begegnungen mit Autoren und Autorinnen, Künstlerinnen und Künstlern, Verlegern und nicht zuletzt Musikern, die lange in Erinnerung bleiben. Anregungen, Anstöße, Aufforderungen. Nachdenkliches, Bewegendes, Heiteres. Die Museumsgesellschaft bildete quasi die „Klammer“ des 14-tägigen Literaturreigns, indem sie mit dem „Teatro Caprile“ auch einen Theaterbeitrag zeigte. Die fünfköpfige Wiener Theatergruppe ist auf Bühnenumsetzungen literarischer Vorlagen spezialisiert und hatte eigens für die Literaturwoche ihren Abend „Die Beseitigung der modernen Ratlosigkeit“ konzipiert. Eine höchst amüsante Collage aus Texten von Flann O'Brien, Andreas Kosek, Florian L. Arnold und Daniil Charms: Neue Erkenntnisse über den Geschmack von Schallplatten, Drachen im Streichelzoo und Abgasflöte, Leberwurstbrotgeruch, Kaffeesatz-Lesen, Fröhlichkeit, Wolpertinger, Nacktschriftstellerei. „Am Ende ist man als Besucher natürlich genauso ratlos wie zu Beginn, aber man fühlt sich gut und klug unterhalten“, urteilte die „Augsburger Allgemeine“.



FRIEDENSWAHRUNG, KRISENMANAGEMENT UND KONFESSIONALI- SIERUNG

Religion und Politik im Spannungsfeld von Rat, Geistlichen
und Gemeinde in der Reichsstadt Ulm 1554–1629

Stephanie Armer

Rede zur Verleihung des Geschichtspreises der Museumsgesellschaft Ulm

Am 8. Januar 1576 kam es im Ulmer Münster zu einem Eklat: Superintendent Ludwig Rabus, der führende Geistliche des Ulmer Kirchenwesens, griff auf offener Kanzel den Magistrat der Reichsstadt Ulm an. Er bezeichnete die kürzlich von den Stadträten beschlossene Pestordnung als „unchristlich“, da sie eine unzureichende geistliche Betreuung der Pestkranken bestimme.

Mit eindringlichen Worten ermahnte er die Mitglieder des Rats, dass „Got der herr ir blut aus iren henden fordern“ würde, wenn sie den Kranken den nötigen geistlichen Beistand verweigern sollten. Die Ratsleute waren eine solch massive Kritik, die ihr Selbstverständnis als christliche Obrigkeit fundamental in Frage stellte, nicht zu dulden bereit. Sie luden Rabus zu einem Gespräch vor, in dem sie ihm vor Augen hielten, dass sein Verhalten den Ruf des Rats und der gesamten Stadt nach innen wie nach außen in Gefahr bringe. Weitere Predigten über die Pestordnung wurden dem leitenden Geistlichen untersagt. Rabus indes hielt sich erst an diese Anordnung, als der Rat eine Verbesserung der geistlichen Betreuung der Pestkranken zusagte.

Was auf den ersten Blick wie eine vernachlässigbare Auseinandersetzung mit einem etwas renitenten Geistlichen erscheint, verweist auf spezifische Strukturmerkmale des Ulmer Kirchenwesens, die für meine Arbeit zentral waren. Vorangegangen waren dem Eklat vom Januar 1576 jahrelange Konflikte zwischen Rabus und dem Rat um seine Befugnisse als leitender Geistlicher und die Etablierung von Kirchenzuchtmaßnahmen, die eine bessere Überwachung des religiösen und sittlichen Verhaltens der Ulmer Bürgerschaft ermöglichen sollten. Der Ulmer Rat hatte Rabus' Forderungen stets zurückgewiesen. Von dem in der Forschungsliteratur vielbeschriebenen „Bündnis zwischen Rathaus und Kanzel“, das gemeinsam ein gesamtgesellschaftliches Programm zur Konfessionalisierung und Sozialdisziplinierung der Bevölkerung durchsetzte, war man in der Reichs-



stadt Ulm zu dieser Zeit weit entfernt. Ebenso wenig vermag Ludwig Rabus dem Bild eines obrigkeitshörigen Geistlichen, wie es die ältere Kirchengeschichtsschreibung vielfach gezeichnet hat, zu entsprechen. Rabus wusste vielmehr ganz genau, wie er sich die spezifische Ulmer Situation zunutze machen konnte: In einer Reichsstadt mit nur einer Pfarrkirche, dem Ulmer Münster, hörte ihm die gesamte Stadtöffentlichkeit zu – an den von Rabus auf der Kanzel gesetzten Themen kam der Rat nicht mal dann vorbei, wenn er es wollte.

Gestatten Sie mir zu Beginn noch ein zweites Beispiel aus dem reichhaltigen Ulmer Quellenmaterial, um Ihnen die zentralen Fragestellungen und Ergebnisse meiner Arbeit im Anschluss besser erläutern zu können. Im frühen 17. Jahrhundert standen der Ulmer Stadtrat und die Geistlichen, nun unter Führung des Superintendenten Johannes Veesenbeck und seit 1614 Konrad Dieterichs, in engem Austausch über die Sittengesetzgebung des Rats. Auf dessen Bitte hin verfassten die Geistlichen unter Führung ihres Superintendenten zwischen 1605 und 1620 mehrere Gutachten, in denen sie zu geplanten oder bereits dekretierten Gesetzen des Rats Stellung nahmen – ein seltener Glücksfall für die Forschung übrigens, da solche für den internen Gebrauch verfassten Dokumente, die eine Gesetzgebung vorbereiten, für diese Zeit nur selten erhalten sind. Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete das Vorhaben, Personen, die bereits vor der Einsegnung ihrer Ehe in der Kirche miteinander Geschlechtsverkehr hatten, härter zu bestrafen. Was auf den ersten Blick wie ein deutlicher Beweis für die vor dem Ausbruch des 30-jährigen Krieges rigider werdende Moral erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als kompliziertes Geflecht finanzpolitisch und religiös motivierter Zielsetzungen. Wer zu Beginn des 17. Jahrhunderts als Frau nicht mindestens 22 und als Mann nicht mindestens 24 Jahre alt war sowie ein halbwegs städtisches Mindestvermögen von 50 Gulden vorweisen konnte, erhielt vom Rat keine Heiraterlaubnis. Auf diese Weise sollte eine Heirat armer Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht zusammen erwirtschaften konnten und somit zur Last für die städtische Sozialfürsorge wurden, verhindert werden. Den Betroffenen bot sich jedoch ein Schlupfloch: Nach zeitgenössischem Rechtsverständnis galt eine Ehe auch dann als geschlossen, wenn nur das gegenseitige Einverständnis der Eheleute vorlag und diese anschließend ihre Ehe „fleischlich vollzogen“, um es mit den Worten der Ulmer Geistlichen auszudrücken. Die Beteiligten hatten zwar in solchen Fällen mit Strafen zu rechnen, konnten die offizielle Anerkennung ihrer Ehe jedoch meist durchsetzen und ihre Ehe durch den gemeinsamen Kirchgang sanktionieren lassen. Als sich die



wirtschaftliche Lage Ulms in den Jahren nach 1610 signifikant verschlechterte, sah der Rat in den indirekt erzwungenen Eheschließungen eine der Hauptursachen für die Armut in der Ulmer Bevölkerung. 1614 ordnete er daher an, alle Personen, die ohne obrigkeitliche Heiraterlaubnis miteinander die Ehe vollzogen hatten, mit einem vierjährigen Verweis aus der Reichsstadt und ihrem Territorium zu bestrafen. Eine solch schwere Strafe war nicht einmal für Ehebruch vorgesehen, zumindest wenn er zum ersten Mal begangen wurde.



Wer nun annimmt, diese Regelung sei auf Betreiben der Geistlichen eingeführt worden, irrt: Die Geistlichen kritisierten das Gesetz sogar massiv und warfen dem Rat vor, dass er mit dieser Maßnahme „zu hoch gefahren sey“. Die Geistlichen warben sogar um Verständnis für die Delinquenten, die aus „Brunst der Liebe“ die hohen Eheauflagen des Rats umgangen hätten. Am Ende eines ihrer Gutachten hielten sie fest: „Wir können alle leichtlich irren.“ Ihre Mahnungen hatten Erfolg: Bereits zwei Jahre später schwächte der Rat das Gesetz wieder ab. War bereits in meinem ersten Beispiel kein obrigkeitshöriger Geistlicher zu entdecken, tut man sich in diesem Fall zudem auch schwer, das in der Forschung

vielfach beschriebene Bild verknöchert-orthodoxer Moralprediger – ich überspitze hier bewusst etwas – zu bestätigen. Vielmehr stoßen wir auf einen Rat, der in deutlichem Kontrast zum ersten Beispiel nun zwar mit den Geistlichen zusammenarbeitete, dabei aber in seinem Aktionismus sogar über deren Forderungen hinausschoss. Neben finanzpolitischen Argumenten verwiesen die Ratsleute dabei intern auch immer wieder auf ihre Pflicht, als christliche Obrigkeit für das Seelenheil der Bevölkerung verantwortlich zu sein.

Vergleicht man die beiden Beispiele, die ich hier exemplarisch für zahlreiche Quellenbefunde herausgegriffen habe, steht man vor einem geradezu paradox anmutenden Befund. Was war in den 40 Jahren zwischen 1576 und 1616 geschehen?

Beim Versuch, diese Fragen zu beantworten, stößt man auf einen blinden Fleck sowohl der Forschung zu Ulm als auch der Frühneuzeitforschung allgemein. Die 1974 von Arthur Dickens geäußerte Einschätzung, dass die Reformation ein „Urban event“ gewesen sei, wird zwar inzwischen durchaus kontrovers diskutiert, beschreibt die Situation der Stadtgeschichtsforschung aber nach wie vor sehr treffend. Zahlreiche Studien

haben sich mit der Reformationgeschichte in den Städten bis ca. 1555 beschäftigt. Konfessionsgeschichtliche Arbeiten, die zeitlich über die Mitte des 16. Jahrhunderts hinausweisen, gibt es hingegen nahezu keine. Als „vergessene Jahre“ beschreibt Philip Kintner die Jahre 1550 bis 1600 in seinem Beitrag zur Memminger Stadtgeschichte – ein Befund, der sich verallgemeinern lässt, obwohl in der Frühneuzeitforschung mehrfach die Schließung dieser Forschungslücke angemahnt wurde. Woran liegt das? Bernhard Rütth äußerte 1992 die Einschätzung, die Erforschung der Zeit nach 1555 sei für die Stadtgeschichtsforschung ein „undankbarer Stoff“, scheint diese Phase – ich spitze das jetzt etwas zu – doch deutlich langweiliger zu sein als die spektakulären frühen Jahre der Reformation. Den Hauptgrund bildet jedoch das Forschungskonzept der Konfessionalisierung. Knapp zusammengefasst, umschreibt der Begriff zwei miteinander verwobene Vorgänge: Die Verfestigung der im Folge der Reformation entstandenen unterschiedlichen christlichen Bekenntnisse zu klar voneinander abgrenzbaren Kirchenwesen einerseits, sowie andererseits die – ich zitiere Heinz Schilling – „planmäßige und allumfassende Änderung menschlichen Verhaltens mit beträchtlichen Folgen für die Politik, besonders die Staatsbildung.“ Das Interesse der Konfessionalisierungsforschung galt dabei vor allem den großen fürstlichen Territorien. Dort, so könnte man die Befunde der Forschung ganz knapp zusammenfassen, gelang es den Obrigkeiten ihre Territorien zu vormodernen, straff organisierten Staaten weiterzuentwickeln, die mangels eigener Verwaltungsapparate zunächst auf die Konfessionskirchen zurückgriffen, um ihren Zugriff auf die Untertanen zu intensivieren. Die entstehenden Konfessionskirchen konnten sich durch den Schutz und die Förderung der Obrigkeit konsolidieren, mussten jedoch gleichzeitig ihre finanziellen und geistigen Ressourcen in den Dienst der Politik stellen. Wer machtpolitischen Ehrgeiz besaß, kam nicht umhin, Konfessionalisierung zu betreiben, fasst es Wolfgang Reinhard, einer der Väter des Konfessionalisierungskonzepts, zusammen.

Genau hier liegt das Problem. Machtpolitischer Ehrgeiz war ganz sicher nicht das, was die Politik der frühneuzeitlichen Reichsstädte auszeichnete. Kein einzelner Herrscher, sondern eine je nach Reichsstadt unterschiedliche Anzahl gewählter Ratsherren bestimmte die Politik, deren oberstes Ziel es war, den „gemeinen Nutzen“ zu fördern und das wirtschaftliche Auskommen aller Stadtbürger zu sichern. Der Rat war der Bürgerschaft in einem weit höheren Maß verpflichtet als ein einzelner, durch Erbfolge zur Herrschaft gelangter Adeliger. In der Konsequenz betrieben auch Reichsstädte mit einem großen Territorium wie Ulm eine defensive Politik, die sie oft zur Zielscheibe von Expansionsbestrebungen größerer Territorien werden ließ. Mit dem Ende des Alten Reichs 1806 verschwanden die Reichsstädte schließlich von der politischen Bildfläche, der Großteil wurde den neuen Königreichen Bayern und Württemberg einverleibt. Für eine Forschungsrichtung, die sich vor allem für den Entstehungsprozess moderner Staatlichkeit interessierte, stellten die Reichsstädte also kein besonders interessantes Forschungsfeld dar. Diese Sichtweise wollte ich mit meiner Dissertation aufbrechen.

Die eingangs erwähnten Beispiele lassen vermuten, dass den Geistlichen in der Reichsstadt Ulm ein anderes Gewicht zukam. Statt in einer Kirche fern des eigentlichen Herrschaftszentrums zu wirken, befanden sie sich im direkten Gegenüber sowohl mit der politischen Elite als auch der Stadtbürgerschaft. Die Frage, wie Religion und Politik in diesem Kräfte-dreieck von Rat, Geistlichen und Gemeinde miteinander verwoben waren, bildete die grundlegende Fragestellung meiner Arbeit. Fand Konfessionalisierung unter diesen Vorzeichen in der Reichsstadt überhaupt statt, oder verpasste man in Ulm diesen – ich zitiere erneut Heinz Schilling – „gesellschaftlichen Fundamentaltvorgang“?

Für die Beantwortung dieser und weiterer Fragestellungen, auf die ich aus Zeitgründen nicht eingehen kann, bot das Stadtarchiv Ulm die ideale Quellengrundlage – ich mache an dieser Stelle gerne etwas Werbung. Ulm hatte – modern gesprochen – nicht nur eine, sondern zwei Religionsbehörden – die Pfarrkirchenbaupfleger mehr fürs Finanzielle, die Religionsherren eher für Fragen der Lehre zuständig. Beide Religionsbehörden hielten regelmäßig Sitzungen ab und führten dabei auch Protokoll. Heraus kamen dabei solche dicken Bände, die es – natürlich unter Heranziehung weiterer Quellen – ermöglichen, das Interagieren von Rat, Geistlichen und Ulmer Bevölkerung zu rekonstruieren. Die Bände halten alles fest: Es finden sich Beschwerden der Geistlichen über politische Maßnahmen des Rats oder über Protestschlaf der Predigtbesucher, aber auch Klagen von Bürgern über Beleidigungen der Geistlichen von der Kanzel herab, Nachforschungen der Religionsherren über betrunkene Geistliche, die Frauen in Wirtshäusern belästigt hatten, bis hin zu seitenlangen Notizen über Verhöre religiös auffällig gewordener Personen, deren Glaubens- und Lebenswelten dank dieser Aufzeichnungen zumindest ausschnittsweise greifbar werden. Ich könnte sicherlich einen ganzen Abend mit einer Lesung aus den Protokollen verbringen, aber das ist hier nicht das Ziel.

Im Ergebnis zeigt sich, dass der Untersuchungszeitraum meiner Dissertation in zwei Phasen zerfällt, die durch eine jeweils unterschiedliche Art der Verflechtung von Religion und Politik geprägt sind. In der ersten, bis ca. 1580 andauernden „Konstituierungsphase“, dominierte der Ulmer Rat. Nachdem sich die Reichsstadt in der Reformationszeit zunächst stärker an der oberdeutsch-zwinglianischen Spielart der Reformation orientiert hatte, legte der Rat 1554 mit der Einführung der Kleinen Württemberger Kirchenordnung den Grundstein für die Etablierung des Luthertums in Ulm. Diese Maßnahme markiert auch den Beginn meines etwas krumm erscheinenden Untersuchungszeitraums. Die Einführung der Kleinen Württemberger Kirchenordnung kann und muss auch als politische Entscheidung verstanden werden. Bereits ein Jahr vor der Schließung des Augsburger Religionsfriedens im Jahr 1555, der explizit nur das katholische sowie das lutherische Bekenntnis im Heiligen Römischen Reich zuließ, hatten die Ulmer Ratsherren den Entschluss gefasst, sich am lutherischen Herzogtum Württemberg zu orientieren. Ulms geographische Lage, die im Osten durch die unmittelbare Nachbarschaft mit katholisch-habsburgischen Gebieten und die Nähe zum katholischen Herzogtum Bayern gekennzeichnet war, ließ es ratsam



erscheinen, auf den Rückhalt Württembergs als dem politisch bedeutsamsten Reichsstand in Süddeutschland zu setzen.

Die Ulmer Geistlichen mussten bald feststellen, dass es dem Rat 1554 tatsächlich mehr um ein politisches Bekenntnis gegangen war. Bereits kurz nach seiner Ankunft in Ulm im Jahr 1556 versuchte der neue Superintendent Ludwig Rabus, die Vorgaben der Kleinen Württemberger Kirchenordnung in die Tat umzusetzen. Hauptanliegen war ihm dabei die Einführung des sogenannten Privatexamins. Dieses sah vor, dass jeder Gläubige vor dem Besuch des Abendmahls eine Art Prüfung seines Glaubenswissens und seiner Lebensführung vor dem zuständigen Pfarrer abzulegen hatte. Erwiesen sich die Kenntnisse als unzureichend oder kamen schwerwiegende sittliche Vergehen ans Licht, konnte der betreffenden Person vom Besuch des Abendmahls abgeraten werden. Auch wenn ein solcher temporärer Ausschluss vom Abendmahl nicht mit einer Exkommunikation aus der Gemeinde verwechselt werden darf, räumte eine solche Maßnahme den Geistlichen doch einige disziplinarische Gewalt über die ihnen anvertraute Gemeinde ein. Genau dies versuchte der Rat jedoch zu verhindern. Wenn die Geistlichen in ihren schriftlichen Bitten um die Einführung des Privatexamins immer wieder betonten, dass sie mit ihrer Forderung „nit iren gwalt oder autorität, sondern allein die ewige wolfart irer schäffleinn suchen“, wird deutlich, dass der Konflikt um das Privatexamen auch und vor allem ein Konflikt um Kompetenzen war. Auch wenn der Rat durchaus anerkannte, dass das Privatexamen zur Etablierung der lutherischen Konfession in Ulm und seinem Territorium beitragen konnte, war er nicht bereit, eine solche Erweiterung der geistlichen Amtsbefugnisse zu akzeptieren. Eine wichtige Rolle für diese Obstruktionshaltung spielte auch die Befürchtung, dass die Ulmer in Stadt und Land einer solchen Kontrolle ihrer Lebensführung großen Widerstand entgegenzusetzen würden, was lediglich zu Unruhe und Unfrieden im Verhältnis von Rat, Geistlichen und Gemeinde führen würde. In der Auseinandersetzung mit Superintendent Rabus und den anderen Ulmer Geistlichen entschied sich der Rat für eine auch heute noch häufig zu beobachtende politische Taktik: Er versuchte, das Problem auszusitzen. Dass Ludwig Rabus die Mitglieder des Rats 1576 wie eingangs erläutert auf offener Kanzel angriff, lag nicht nur an der Pestordnung, sondern kann auch als letzte Eskalationsstufe im Konflikt um die Amtskompetenzen des

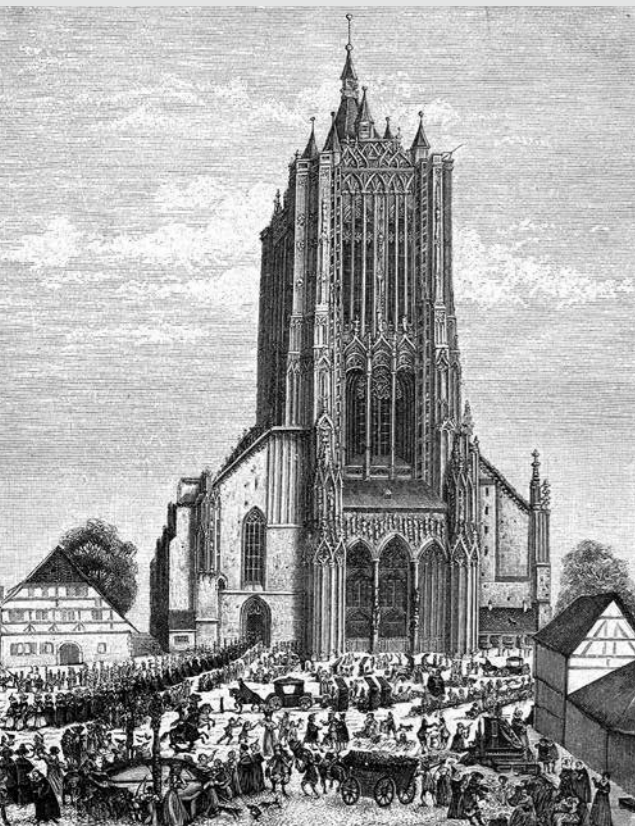
Superintendenten verstanden werden. Erst wenige Jahre vor seinem Tod konnte Rabus mit der Einführung des Privatexamens in Stadt und Land in den Jahren 1581 und 1586 seine Vorstellungen verwirklichen.

Auch in anderer Hinsicht können die Jahrzehnte zwischen 1554 und ca. 1580 als Konstituierungsphase des Ulmer Kirchenwesens verstanden werden, in der sich Konflikte und Probleme aus der Reformationszeit fortsetzten. Gut ausgebildete Geistliche, die ein Universitätsstudium durchlaufen hatten und sich ihrem Dienstherrn gegenüber loyal verhielten, waren zu Beginn meines Untersuchungszeitraums nicht leicht zu bekommen. Um die im Schnitt sechs Pfarrstellen am Ulmer Münster und die knapp 60 Pfarrstellen im Territorium besetzen zu können, musste man immer wieder Abstriche in Sachen Qualifikation und Berufserfahrung machen – die Aufzeichnungen der Religionsämter, die die Einstellung neuer Geistlicher koordinierten, überliefern dies sehr detailliert. Ich habe in meiner Arbeit die Amtsdauer und die Qualifikation der Geistlichen am Ulmer Münster untersucht und dabei zwei Phasen identifiziert. In der ersten Phase bis 1570 ist für knapp 40 % der Geistlichen kein Universitätsstudium nachweisbar. 33 % derjenigen, die eine Universität besucht hatten, verließen diese ohne Abschluss – für diese Zeit allerdings nichts Ungewöhnliches, dies sei betont. Die Fluktuation im Predigeramt war groß: Mit Ausnahme des Superintendenten betrug die Amtszeit der Geistlichen bis 1570 nur 6,5 Jahre. Immer wieder mussten besonders ungeeignete Geistliche entlassen werden. Die Liste ihrer Vergehen ist lang und mitunter fast filmreif. Im Ulmer Landgebiet jagten sich beispielsweise zwei Geistliche mit Waffen gegenseitig durch die Kirche. Andere tranken und wurden ihren Ehefrauen gegenüber handgreiflich. Ein Geistlicher aus Mähringen, heute ein Ulmer Stadtteil, damals noch ein Dorf, tötete 1562 sogar einen herumvagierenden Landsknecht, der ihm einen Masthahn gestohlen hatte. Im selben Jahr kam es im Ulmer Münster fast zu einer Prügelei zwischen zwei Geistlichen, die sich über das Verständnis des Abendmahls gestritten hatten. Nachdem sie heftige Beleidigungen ausgetauscht hatten, deren genauen Wortlaut ich Ihnen erspare, gelang es dem dritten anwesenden Geistlichen, die Kontrahenten zu trennen, wobei er fast selbst einen Schlag abbekam – im Übrigen beileibe nicht der einzige Streit der Geistlichen untereinander, die sich auch gerne mal auf offener Kanzel gegenseitig zu beleidigen pflegten. Solche Szenarien blieben auch im späteren Untersuchungszeitraum meiner Arbeit bis 1629 nicht aus, nahmen jedoch stark ab. Gründe hierfür können erneut Zahlen liefern. Von den Geistlichen, die zwischen 1570 und 1629 am Ulmer Münster tätig waren, hatten alle ein Universitätsstudium absolviert, nur 21 % unter ihnen hatten ihr Studium ohne Abschluss beendet. Mit einer durchschnittlichen Amtszeit von 19,9 Jahren stieg die personelle Kontinuität unter den Geistlichen stark an. Dass die zahlreichen Pfarrstellen in Stadt und Land zunehmend mit geeignetem Personal besetzt werden konnten, lag an einer erfolgreichen Personalpolitik des Rats, der seit den späten 1560er Jahren begann, durch die gezielte Vergabe von Universitätsstipendien und die Überwachung der Stipendiaten geeignete Männer aus Stadt und Land auszubilden, von denen als „Einheimische“ eine besondere Loyalität gegenüber dem Rat erwartet wurde. Initiator dieser Maßnahmen

waren übrigens die Geistlichen. Dieser Umstand trug zweifelsohne mit dazu bei, dass die Konflikte zwischen Geistlichen und Rat im Verlauf meines Untersuchungszeitraums einer zunehmenden Kooperation wichen.

Der Hauptgrund für die einleitend skizzierten Veränderungen ist jedoch ein anderer. Zunächst ging ich davon aus, dass das Konfessionalisierungskonzept, das den Höhepunkt der Konfessionalisierung in den Jahren zwischen 1580 und 1620 verortet, als Erklärungsansatz möglicherweise doch weiterhelfen könnte. Die Quellen boten mir jedoch ein anderes Bild. Schon seit längerem beschäftigt sich die Frühneuzeitforschung mit der Frage, welche Auswirkungen exogene Faktoren wie beispielsweise Umwelteinflüsse auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse hatten. Der Universität Tübingen ist es gelungen, einen eigenen Sonderforschungsbereich unter dem Titel „Bedrohte Ordnungen“ zu etablieren, der die Leitfrage verfolgt, „ob und wie sich Ordnungen ändern, die soziale Gruppen oder ganze Gesellschaften strukturieren, sobald sie mit existenzgefährdenden Bedrohungen konfrontiert werden.“ Die zentrale These meiner Arbeit ist es, dass die Zuspitzung mehrerer Krisenfaktoren in Ulm seit etwa 1580, übersetzt in religiöse Deutungsmuster, entscheidend dazu beitrug, dass der Rat schließlich doch auf die Forderungen der Geistlichen einging. Konfessionalisierung, so meine These, fand in Ulm zwar statt, kann jedoch nicht als Auslöser, sondern lediglich als Symptom von Veränderung verstanden werden. Lassen Sie mich diese Zusammenhänge abschließend noch etwas näher ausführen.

Wenn ich für Ulm für das spätere 16. und den Beginn des 17. Jahrhunderts von einer Krise spreche, scheint dies auf den ersten Blick irritierend, war die Reichsstadt in dieser Zeit doch immer noch vergleichsweise wohlhabend. Die wirtschaftliche Entwicklung, die im 15. und frühen 16. Jahrhundert äußerst günstig verlaufen war, war jedoch im Abnehmen begriffen. Vor allem der in Ulm so bedeutsame Textilsektor war durch billigere Konkurrenzprodukte aus dem Ausland und immer wieder auftretende Rohstoffengpässe in Schwierigkeiten geraten. 1613 und 1615 waren zwei der großen Ulmer Textilhandelsfirmen, die der Schermer und Fingerlin, zahlungsunfähig. 1614 beriet der Ulmer Rat, welche Maßnahmen man gegen die steigende Anzahl an Bankrotten ergreifen könnte. Verschärft wurde die Situation durch die Auswirkungen der sogenannten Kleinen Eiszeit, einer Phase globaler Abkühlung, die zwischen 1560 und 1630 einen Höhepunkt erlebte. Lange, harte Winter und nasse Sommer führten zu Ernteauffällen, die Teuerungsphasen und Hungersnöte nach sich ziehen konnten. Am gravierendsten erwiesen sich dabei die Jahre 1570 bis 1574 und 1612 bis 1616, als jeweils mehrere harte Winter in Folge zu extremen Teuerungsphasen führten, die der Rat durch die Ausgabe großer Mengen kostenlosen Brots zum Teil auffangen konnte. Annemarie Kinzelbach konnte in ihrer materialreichen Studie zu Krankheit und Armut in Ulm zudem nachweisen, dass in der Stadt im Untersuchungszeitraum meiner Arbeit insgesamt 13 Mal Seuchen ausbrachen, die zwar keineswegs so gravierend verliefen wie der



sogenannte „Schwarze Tod“ in der Mitte des 14. Jahrhunderts, aber dennoch zu einer gestiegenen Mortalitätsrate führten. Ich habe für meine Arbeit mehrere unpublizierte Chroniken ausgewertet, die deutlich machen, dass die Seuchenzüge von den Ulmern aufmerksam verfolgt wurden. Einige Chronisten verloren ihre Angehörigen. Kinzelbachs Studie hat überdies gezeigt, dass die Bevölkerungsentwicklung Ulms seit den 1590er Jahren rückläufig war. Als der Rat 1614 die einleitend skizzierte Strafvverschärfung für vorzeitigen Geschlechtsverkehr beschloss, waren umfangreiche Beratungen über „die grosse armuot unnder der allhiesigen buergeschafft“ vorausgegangen.

Eine rein finanzpolitische Maßnahme also? Keineswegs. Die Gesetzesänderung von 1614 fügt sich vielmehr ein in eine lange Reihe weiterer Maßnahmen, die auf eine Überwachung der religiösen Haltung sowie der sittlichen Lebensführung der Ulmer Bevölkerung abzielten. Die Einführung des Privatexamens in den Jahren 1581 und 1586, etwas zeitversetzt in Territorium und Stadt, habe ich bereits angeführt. In den frühen 1580er Jahren gab der Rat zudem dem Drängen der Geistlichen nach, die bis dato in der Stadt geduldeten Schwenckfelder, eine Gruppe nonkonformer Spiritualisten, aus Stadt und Territorium auszuweisen. 1593 griff er schließlich in die religiösen Verhältnisse der zum Ulmer Territorium gehörigen Landstadt Geislingen ein. Dort lebten zu diesem Zeitpunkt noch zahlreiche Katholiken, die nach 1593 in einer umfangreichen, durch den Superintendenten Johannes Veesenbeck betreuten Maßnahme zunächst Unterricht im lutherischen Glauben erhielten, um in anschließenden Einzelgesprächen mit Veesenbeck und den Amtsträgern vor Ort vor die Entscheidung gestellt zu werden, zum evangelischen Glauben zu konvertieren oder das Ulmer Territorium zu verlassen. Die meisten der knapp 300 Personen entschieden sich für die evangelische Religion. Wer sich weigerte, wurde des Territoriums verwiesen. Auch in der Stadt nahm der Druck zu. 1616 führte der Rat in Stadt und Territorium die Kirchenbuße ein. Wer sich sittlicher Vergehen wie Ehebruch schuldig gemacht hatte, musste im Territorium vor der gesamten Gemeinde, in der Stadt vor dem Konvent der Geistlichen Abbitte für seine Vergehen leisten – eine als Ehrenstrafe empfundene Maßnahme, die auf großen Widerstand stieß. Schon seit 1614 wurden

zudem Personen, die sich in religiöser oder sittlicher Hinsicht einer – wie es in den Quellen heißt – „ärgerlichen“ Lebensführung verdächtig gemacht hatten, vor ein gemeinsam mit Geistlichen und Religionsherren besetztes Gremium geladen und ausführlich befragt. Die Verhöre der zwischen 1614 und 1639 verhörten knapp 400 Personen wurden in den Religionsprotokollen ausführlich protokolliert und erlauben zum Teil detaillierte Einblicke in die Lebenswelt der Ulmer Bevölkerung. Bei den Verhören traten immer wieder gravierende Wissenslücken in religiösen Fragen zutage. Eine Person beispielsweise konnte auf die Frage, wie viele Götter es gebe, keine Antwort geben – um nur ein besonders markantes Beispiel herauszugreifen. Als Grund für diesen Befund identifizierten die Geistlichen auch die mangelnden Lese- und Schreibkenntnisse der Betroffenen, die das Verstehen der zentralen Glaubenslehren ihrer Ansicht nach erschwerten. Auf Anraten der Geistlichen führte der Rat 1626 schließlich die allgemeine Schulpflicht für das Stadtgebiet ein.

Konfessionalisierung fand also auch in der Reichsstadt Ulm statt. Die dichte Ulmer Überlieferung macht es möglich, die Gründe für diese Entwicklung zu identifizieren. Oberste politische Zielsetzung des Rats war stets die Wahrung des innerstädtischen Friedens. Durch die Verschlechterung der Lebensumstände in der Reichsstadt, zu der nach der Einnahme Donauwörths durch die katholischen Truppen des bayerischen Herzogs 1607 auch noch die Furcht vor einem Kriegsausbruch trat, veränderten sich jedoch die Erfordernisse, die zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendig waren. Bis in die 1570er Jahre hinein erschienen dem Rat ein Konflikt mit der Bürgerschaft wegen der Etablierung von Kirchenzuchtmaßnahmen sowie zu einflussreiche Geistliche als größte Gefahr für den Frieden. Als nach der großen Teuerung und mehreren Seuchenausbrüchen in der Stadt jedoch zunehmend die Frage laut wurde, wer für diese Entwicklungen verantwortlich war, gewannen die Mahnungen der Geistlichen, durch zu laxes religiöses und sittliches Verhalten den Zorn Gottes und damit verbundene Strafen heraufbeschworen zu haben, langsam aber stetig an Plausibilität. In der Forschung wird die Rede vom Zorn Gottes häufig als Topos beschrieben, mit dem Gesetzesänderungen und damit verbundene Eingriffe in das Alltagsleben der Normadressaten nach außen hin legitimiert werden sollten. Die Ulmer Quellen zeichnen jedoch ein anderes Bild: Auch in der internen Kommunikation mit den Geistlichen verwiesen die Ulmer Ratsleute immer häufiger auf ihre Pflicht als christliche Obrigkeit, göttliche Strafen von der Gemeinde fernzuhalten. Analysiert man den Sprachgebrauch von Rat, Geistlichen und Gemeinde in der betreffenden Zeit, so zeigt sich, dass die Rede vom Zorn Gottes und den dadurch selbst verursachten Strafen das bei weitem präsenteste Deutungsmuster war, mit dem die Zeitgenossen die bedrohlichen Entwicklungen zu verstehen suchten. In einigen Fällen lässt sich sogar die Erwartung nachweisen, unmittelbar vor dem Jüngsten Gericht zu stehen, das sich gemäß der Bibel durch die Strafftrias aus Pest, Hunger und Krieg ankündigte. So paradox es klingen mag: Fatalismus oder Resignation waren gerade nicht die Reaktionen, mit der die Zeitgenossen dieser Situation begegneten. Wie die Geistlichen nicht



müde wurden zu betonen, gab es in der Bibel genügend Beispiele dafür, dass Gott seine Strafmaßnahmen im Fall von ehrlicher Reue und Buße abmildern konnte. Und auch im Fall des baldigen Weltuntergangs galt es, seine Pflichten als christliche Obrigkeit wie auch als Untertan bestmöglich zu erfüllen, um vor Gott als oberstem Richter bestehen zu können. Die Ulmer Quellen bieten hier im Übrigen auch seltene

Einblicke in die Denkweise der Normadressaten, die sich mit der zunehmenden Kontrolle des Rats konfrontiert sahen. Einige Chroniken und Schmähschriften, die das sittenlose Verhalten anderer Mitbürger anklagten und deren Bestrafung zum Teil direkt einforderten, machen deutlich, dass Gesetze auch im Gegenüber von Rat und Gemeinde ausgehandelt werden konnten. Ich kann Ihnen das faszinierende Kräftedreieck von Rat, Geistlichen und Gemeinde und die Rolle äußerer Einflüsse leider nicht näher schildern, ausführliche Belege können Sie dem Buch entnehmen.

Insgesamt ist festzuhalten: Der Ulmer Rat betrieb nicht die aktive Durchsetzung eines gesamtgesellschaftlichen Programms, das seine Herrschaftsbefugnisse zielgerichtet ausdehnen sollte, sondern eine reaktive, auf äußere Erfordernisse reagierende Politik, die ich im Titel meiner Arbeit mit dem etwas neumodischen Begriff des Krisenmanagements bezeichnet habe. Der Titel meines Buchs ist dabei als Kausalkette zu verstehen: Um die Friedenswahrung, von der die Stellung des Rats fundamental abhing, aufrechterhalten zu können, musste der Rat immer wieder und vor allem in den Jahren nach 1580 ein auf äußere Erfordernisse reagierendes Krisenmanagement betreiben, das sich zunehmend zugunsten der Konfessionalisierung auswirkte. Indirekt werden damit die Reichsstädte zum Test für die Konfessionalisierungsthese: Wenn Konfessionalisierung auch ohne machtpolitischen Ehrgeiz stattfinden konnte, muss die Frage nach Ursache und Wirkung gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse neu diskutiert werden.

von links nach rechts:
Oberbürgermeister Gunter Czisch,
Michael Wettengel, Ingrun Klaiber,
Stephanie Armer, Klaus Rinkel

Trotz der beschriebenen Intensivierung der Konfessionalisierung sei abschließend auf einen letzten Befund hingewiesen: Während sich Rat und Geistliche in Gesetzestexten und Predigten stets als strenge und moralisch rigide Obrigkeiten präsentierten, agierten sie im Einzelfall deutlich pragmatischer. Die Überprüfung von Einzelfällen zeigt, dass Delinquenten meist viel Geduld entgegengebracht wurde, bevor eine Strafe als letzte Disziplinarmaßnahme verhängt wurde. Dass letztlich nur Gott über das Verhalten des Einzelnen richten konnte und der Frieden leichter aufrecht zu erhalten war, wenn gewisse Abweichungen von der Norm toleriert wurden, waren Einsichten, die Freiräume schufen. So konnte beispielsweise ein Ulmer Bürger 1598 in einem Verhör durch die Religionsherren zu Protokoll geben: „Die obrigkhait hab ime uber haab und guet zugebietten, aber sein gewissen khönde man nit zwingen.“ Auch der Ulmer Rat zeigte sich – freilich innerhalb der Maßstäbe der eigenen Zeit – durchaus tolerant, wenn er in einem Gutachten aus dem Jahr 1593 festhielt, „dass der glaub nit jeder mans ding unnd niemandts darin gezwungen werden soll.“ Die Reichsstädte werden auf diese Weise zu einem – so viel Subjektivität sei am Ende erlaubt – durchaus sympathischen Alternativmodell zu den machtpolitischen Zielsetzungen verfolgenden großen Territorien, in denen gewaltfreie Möglichkeiten der Verschränkung von Religion und Politik meist deutlich später erprobt wurden.

Literatur

Stephanie Armer:
Friedenswahrung, Krisenmanagement und Konfessionalisierung.
Religion und Politik im Spannungsfeld von Rat,
Geistlichen und Gemeinde in der Reichsstadt Ulm 1554–1629
(Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Bd. 35), Ulm 2015.

KRIEG IN DER STADT: ULM ZWISCHEN FRANZÖSISCHER REVOLUTION UND WIENER KONGRESS

Ingrun Klaiber

Rede zur Verleihung des Geschichtspreises der Museumsgesellschaft Ulm

Vor über 200 Jahren fanden die Koalitionskriege mit dem Wiener Kongress von 1815 ihren Abschluss. Eine fast 25-jährige Epoche des Krieges und des politischen Umbruchs ging damit zu Ende. Fünf Mal hatten sich europäische Großmächte gegen und mit Frankreich zu Koalitionen verbündet, um auf europäischem Boden Krieg zu führen. Auch Süddeutschland und damit Ulm waren von den Kriegen und deren Auswirkungen betroffen. Die damalige Reichsstadt war – aufgrund ihrer geographischen Lage zwischen den Kriegsparteien Österreich und Frankreich – hart umkämpft. Friedensverhandlungen und Bündnisverträge hatten Auswirkungen auf die politischen, militärischen und territorialen Verhältnisse jener Zeit. Im Zuge der Mediatisierung verlor Ulm seine reichsstädtische Freiheit und ging 1802 an Bayern. Erneute Gebietsverschiebungen führten im Jahr 1810 dazu, das reichsstädtische Territorium entlang der Donau zu teilen: Dadurch gingen Ulm und das Gebiet auf der linken Donauseite an Württemberg. Die Landstriche auf der rechten Uferseite hingegen blieben bayerisch.

Die bisherige Forschung zu Ulm hat sich mit der Epoche um 1800 zwar beschäftigt, ist aber vor allem politischen, administrativen und wirtschaftlichen Fragestellungen nachgegangen. Großes Interesse zogen die reichsstädtischen Konflikte, revolutionären Einflüsse und politischen Umbrüche jener Zeit auf sich. Außerdem untersuchte man verstärkt die Etablierung der bayerischen und württembergischen Herrschaft vor Ort. Der Krieg an sich wurde für Ulm jedoch sehr einseitig betrachtet. Insbesondere die Vorgänge des Dritten Koalitionskrieges und damit die entscheidende Schlacht von Elchingen veranlassten Historiker dazu, sich mit militärischen Abläufen zu beschäftigen. Sie setzten sich mit Truppenbewegungen, Schlachtenordnungen und diplomatischen Verhandlungen im Ulmer Raum auseinander. Der Blick ist



dabei auf die Armeen der Kriegsparteien Österreich und Frankreich gerichtet, um die Schlacht militärisch nachzuzeichnen und in den makrogeschichtlichen Gesamtkontext einzuordnen.



Für meine erfahrungsgeschichtliche Regionalstudie, die nach Kriegserfahrungen in Ulm fragt, habe ich andere Schwerpunkte gesetzt. Untersuchungszeitraum, Herangehensweise und verwendete Quellen möchte ich in drei Schritten erläutern:

1. begreife ich die Epoche zwischen Kriegsbeginn 1792 und Kriegsende 1815 als zeitliche Einheit. Darunter fallen die letzten Jahre Ulms als unabhängige Reichsstadt, genauso wie Ulms bayerische Zeit und die ersten Jahre unter württembergischer Herrschaft. Durch die epochenübergreifende Herangehensweise verliert sogar der zweimalige Herrschaftswechsel seinen abgrenzenden Charakter. Dies erlaubt, für die gesamte Kriegszeit den Wandel und die Kontinuitäten vor dem Hintergrund des Krieges herauszuarbeiten und Vergleiche innerhalb des Untersuchungszeitraums zu ziehen. Makropolitische Strukturen rücken damit in den Hintergrund, während gleichzeitig der Wahrnehmung der Zeitgenossen mehr Gewicht beigemessen wird. Diese unterscheiden nämlich bei konkreter Bedrohung ausschließlich zwischen Kriegs- und Friedenszustand.

2. verlasse ich die bisher rein militärhistorische Perspektive. Methodisch orientiert sich die Mikrostudie über die Kriegserfahrungen in Ulm am wissenssoziologischen Erfahrungsbegriff, wie er im Tübinger Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ entwickelt wurde. Über die bloße Militär- und Operationsgeschichte hinaus wird Krieg dabei als umfassender gesellschaftlicher Vorgang begriffen. Der erfahrungsgeschichtliche Ansatz verknüpft die Sichtweisen der historischen Subjekte mit strukturellen Gegebenheiten und arbeitet ihre Deutungs-, Handlungs- und Verarbeitungsmuster heraus.

Dennoch ist die Berücksichtigung der militärischen Hintergründe unabdingbar, allein schon um zu begreifen, welche Truppenbewegungen während der Revolutions- und Napoleonischen Kriege in der Ulmer Gegend stattfanden. Es ist außerdem von Bedeutung, wie die Stadt Ulm generell in den Krieg involviert war und wie technische und strategische Neuerungen die damalige Kriegsführung veränderten.

Im Vordergrund stehen jedoch der Krieg und seine Folgen für die Stadt und ihre Bevölkerung. Es geht um „Kriegserfahrungen“, also um die Auswirkungen von Krieg auf die ansässige Bevölkerung, auf lebensweltliche Zusammenhänge und die Stadt in ihrer Funktion als politische und administrative Einheit:

Wie haben die Ulmer den Krieg erlebt? Wie hat Ulm die Kriegsbelastungen organisatorisch und finanziell bewältigt? Welche militärischen Strukturen gab es vor Ort? Wie wurde das menschliche Miteinander zwischen Zivilisten und Soldaten geregelt? Und nicht zuletzt: Wie reagierten die Zeitgenossen auf die Kriegseinwirkungen und suchten diese zu verarbeiten? Danach habe ich in meiner Arbeit gefragt.

3. Zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen wurde schließlich von der Perspektive der Ulmer Bevölkerung ausgegangen. Um die Kriegs- und Krisenerfahrungen um 1800 aufzuarbeiten, habe ich Zeit- und Selbstzeugnisse aus dem Ulmer Stadtarchiv ausgewertet.



Die Zeitzeugnisse erlauben nachzuvollziehen, wie das städtische Leben im Krieg organisiert wurde, welche Probleme aufkamen und wie damit umgegangen wurde. Auf der einen Seite habe ich zeitgenössische Akten und Dokumente verwendet, wie Dekrete, Vorhalte, Proklamationen und Ratsprotokolle, die von amtlicher und damit offizieller Seite erlassen wurden. Auf der anderen Seite ist der Behördenschriftverkehr überliefert. Es liegen Schadensberichte, Anträge zur Erleichterung der Kriegslasten oder Beschwerdeschreiben vor. Diese wurden entweder von Einzelpersonen oder von Korporationen an offizieller Stelle eingereicht.

Des Weiteren habe ich Selbstzeugnisse ausgewertet. Selbstzeugnisse werden mit den Worten von Benigna von Krusenstjern als „selbstredend“ definiert, das heißt, dass jemand über sich selbst Zeugnis ablegt. Der Schreiber bringt sich in den Text mit ein, indem er Ereignisse bewusst auswählt, auf seine individuelle Art verarbeitet und sie seiner Textintention unterordnet. Obgleich der Verfasser seine Person nicht explizit erwähnt, kommt er in Form und Stil der Darstellung zum Ausdruck. Zu der Kategorie der Selbstzeugnisse zählen sowohl Namens- und Zahlenlisten, Aneinanderreihungen von abgeschriebenen Urkunden, als auch die Beschreibung schrecklicher Kriegereignisse.

Zu den subjektiven Zeugnissen gehören auch überlieferte Chronikhandschriften. Diese nehmen aufgrund ihrer stattlichen Anzahl eine zentrale Rolle in meiner erfahrungsgeschichtlichen Studie ein. Die wesentlichen Merkmale der Ulmer Chroniken jener Zeit lassen sich wie folgt zusammenfassen: Allen ist der annalistische Stil eigen. Zudem entspricht das Niedergeschriebene der unmittelbaren Erfahrungswelt des jeweiligen Chronisten. Das heißt, sie erzählen Geschichte in ihrer zeitlichen Abfolge, wie sie der Schreiber und sein nahes Umfeld erlebt haben. Geographisches Zentrum ist dabei Ulm und die unmittelbare Stadtnähe. Wenn jedoch besondere Begebenheiten im Ulmer Territorium vorkamen, fanden diese ebenfalls Niederschlag in den städtischen Chroniken.

Aufgrund der zeit-räumlichen Nähe und persönlich-emotionalen Verstrickung mit den Ereignissen flechten die Chronisten individuelle Erfahrungen in ihre Werke ein. Sie integrieren Meinungsäußerungen und bringen sogar eigene Gefühle zum Ausdruck. Dies ist nicht verwunderlich, waren doch gerade die Jahre nach der Französischen Revolution durch Kriege, Reformen und Reichsauflösung bestimmt. Zur Bewältigung dieser bewegten Epoche gingen die Zeitgenossen vermehrt dazu über, sich mit den Ereignissen ihrer Zeit zu beschäftigen und diese schriftlich festzuhalten. Allerdings waren die Chronisten keine professionellen Schreiber, sondern entstammten unterschiedlichen beruflichen und sozialen Gruppierungen. Sie waren Lehrer und Geistliche, Handwerker, Kleinhändler und ein Schultheiß. Es waren Menschen, die in erster Linie aufgrund der Heftigkeit der Kriegserfahrungen und der politischen Veränderungen um 1800 zur Feder griffen und das Erlebte aufschrieben.

Deshalb möchte ich nun einen kleinen Einblick geben, wie sich der Krieg damals auf die Stadt Ulm und ihre Bevölkerung auswirkte. Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf konkrete Kriegseinwirkungen auf Ulm im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Soldaten. Andere Bereiche wie z. B. Festungsbau, Frondienste, Kriegsfinanzierung, Lazarettwesen, Feindbilder, Wehrpflicht, politische Identifikation oder religiöse Kriegsbewältigung wären auch interessant gewesen, müssen aber hier leider vernachlässigt werden.

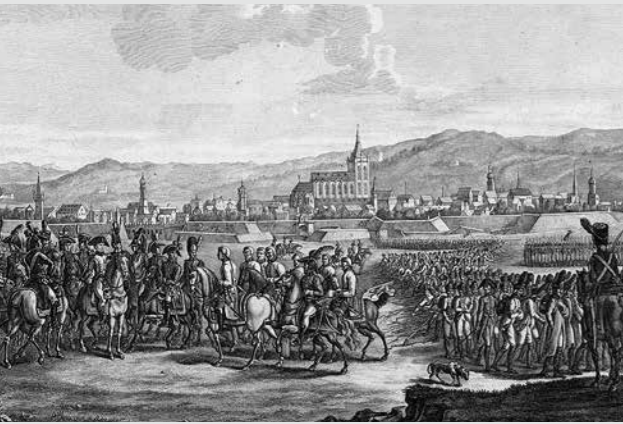


von links nach rechts:
Einebnung der Festungswälle am Ulmer
Frauentor 1805

Kämpfe beim Kloster Elchingen zwischen
französischen und österreichischen Soldaten
während der Schlacht am 14. Okt. 1805

Konkrete Kriegshandlungen fanden in der Ulmer Region während der ersten drei Koalitionskriege statt. Im Sommer 1796 besetzten französische Truppen die Stadt, während die Österreicher sie unter Beschuss nahmen. Im Jahr 1800 standen die französischen Truppen abermals vor den reichsstädtischen Toren. Über mehrere Wochen mussten die Ulmer die österreichische Besatzung und eine gleichzeitige französische Belagerung ihrer Stadt hinnehmen. Aufgrund der strategischen Lage zwischen Frankreich und Österreich konzentrierte sich auch der Feldzug von 1805 auf die inzwischen bayerische Stadt. Der Krieg brachte wiederum Kampfhandlungen und die Beschießung Ulms mit sich.

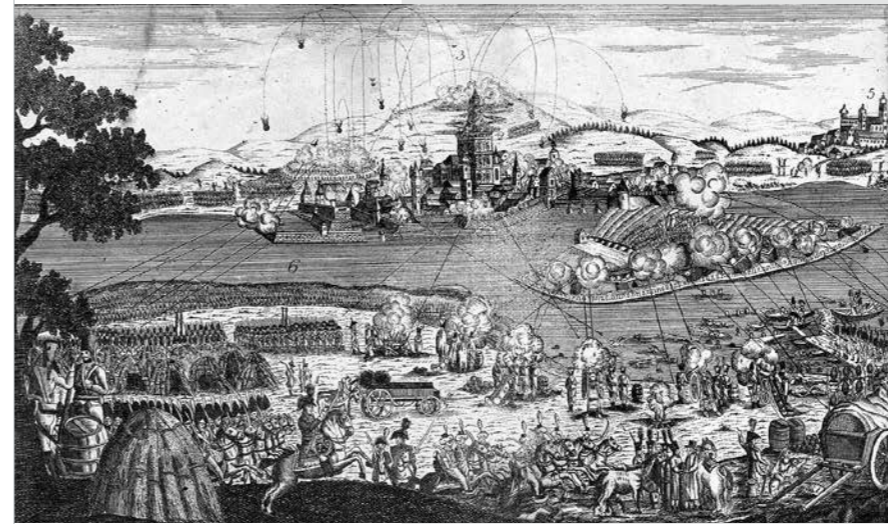
Bereits die Ereignisse des Ersten Koalitionskrieges offenbarten, dass die reichsstädtische Festung militärischen Angriffen nicht mehr gewachsen war. Seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts war die Festungsanlage nicht mehr modernisiert worden, wogegen Artillerie, Geschützwesen und Kriegführung sich weiterentwickelt hatten. Von 1797 bis 1800 und im Herbst 1805 versuchte die österreichische Armee, die Festung auszubauen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Rolle Ulms als militärischer Stützpunkt und befestigte Stadt wurde der Ulmer Bevölkerung gleich mehrfach zum Verhängnis. Veraltet und unfertig bot die Festung im Ersten und Dritten Koalitionskrieg kaum den nötigen Schutz. Im Zweiten Koalitionskrieg entpuppten sich die ausgebauten Festungsanlagen während der über mehrere Wochen andauernden Blockade als Gefängnis für die Einwohner der Stadt.



Während die Festung Ulm in früheren Kriegen Schutz und Zuflucht geboten hatte, war man um 1800 dort nicht mehr sicher. Infolge der militär-technischen Entwicklung flogen beispielsweise Artilleriegeschosse nunmehr bis in die Stadt hinein. Gerade der Artilleriebeschuss barg somit große Gefahren: Wohnhäuser und Gebäude wurden beschädigt und nicht selten entzündeten sich die Geschosse. Ein

Feuer konnte große Verwüstungen anrichten und nahm den Betroffenen oftmals ihre Existenzgrundlage, wenn Haus und Hof in Flammen aufgingen. In der Stadt betrafen Feuersbrünste gleich mehrere benachbarte Gebäude, wie beim Brand des Gänsturms im September 1796. Eine Haubitzenkugel entzündete damals das Heumagazin in der Reitschule neben dem Gänstor. Die Flammen griffen auf die benachbarten Gebäude über und binnen weniger Stunden waren „15 Gebäude [...] ein Raub der Flammen.“, wie Chronist Ruhland überliefert. Umgehend organisierte der Magistrat Löschvorkehrungen für einen weiteren Kriegsfall. Allerdings bezeugen die Quellen, dass die Stadtbewohner

Kapitulation der österreichischen Armee in Ulm und Übergabe der Waffen im Beisein von Kaiser Napoleon am 20. Okt. 1805



bei Löscharbeiten nicht immer aushalfen. Bei manchen überwog schlichtweg die Furcht, selbst Brandopfer zu werden, wie ein Schreiber notierte: „daß nicht sein eigen Hauß auch in Brand komme.“

Dass die Menschen in der Stadt bei Artilleriebeschuss auch ihres Lebens nicht mehr sicher waren, beweist der Vorfall direkt neben Chronist Bachers Haus. Ein in die Stadt herein fliegendes Artilleriegeschoss tötete dort einen österreichischen Grenadier. Auch Zivilisten trugen Verletzungen unterschiedlichster Art

davon. Als eine Kugel auf das Haus des Bortenmachers in der Rosengasse niederfiel, zerschmetterte sie alle Fensterscheiben und versetzte den Hausbesitzer in einen vorübergehenden Ohnmachtszustand. Herr Best war nämlich „wegen dem eingenommenen Schröcken ganz Sinnloß [ge]worden.“ Eine andere Kugel zersprang im Haus des Totengräbers Dax, und „schlug [ihm] die Hand ganz ab!“ Es lassen sich weitere Beispiele dafür anführen, dass auf die Stadt niedergegangene Artilleriegeschosse Zivilisten verwundeten. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass auch kleine Verletzungen unter Umständen tödlich endeten. Die kleine Veronika Bräumeyerin beispielsweise wurde durch eine Haubitzenkugel verwundet, erlag aber erst Tage später im Hospital den Folgen ihrer Verletzung. Aufgrund unzulänglicher hygienischer Bedingungen grassierten in den Hospitälern oftmals Wundinfektionen und Blutvergiftungen. Die stark überfüllten und provisorisch ausgestatteten Lazarette glichen daher geradezu Infektionsherden, die ansteckende Krankheiten verbreiteten, die ihrerseits zum Tode führen konnten.

Aber auch die wochenlange Blockade im Sommer 1800 stellte eine dramatische Erfahrung für Ulm dar. Der Einschluss der österreichischen Armee in Ulm wirkte sich unmittelbar auf die Lebensmittelversorgung aus. Als infolge der französischen Belagerung jegliche Verbindung nach außen abgebrochen wurde, gelangten keine Lebensmittel mehr in die Stadt. Nahrungsmittelmangel und Preisteuerung waren die Folge. „[G]roßer Kummer [herrschte] in der Stadt“ beschrieb ein Ulmer die Situation, denn – so wörtlich: „[D]er Wochen-Marckt war nicht [...], das kornhauß Blieb verschlossen, kein gärtner [bot] kräuttlwerck fail.“ Außerdem unterstanden bestimmte Gewerbezweige gänzlich dem militärischen Primat: So „durften die Bäkker nur für das Militär bakken, die Müller nur für das Militär mahlen, die Schuhmacher nur für das Militär arbeiten.“ Die Vorrangstellung militärischer Interessen setzte das gewohnte städtische Wirtschaftsleben außer Kraft.

Belagerung und Beschießung Ulms durch französische Truppen im Beisein von Kaiser Napoleon am 15./16. Okt. 1805

Die Stadtbevölkerung hatte dann enorme Schwierigkeiten, überhaupt Essenswaren zu erwerben. Der „Mangel an Brodt“ sei nach Chronikschreiber Bacher derart „groß“ gewesen, dass „man schon des Morgens 4 Uhr zu denen Becken gehen musste, wenn man Brodt erhalten wollte.“ Eine Stunde später, berichtete ein weiterer Chronist, seien die Bäckerläden bereits „gänzlich leer“ gekauft gewesen.

Der Magistrat bemühte sich um Regelungen zugunsten der Ulmer Bürger. Wenn sich Truppen vor Ort aufhielten, konnte die städtische Obrigkeit die Bedingungen für die Stadtbewohner durchaus günstiger gestalten. Dies hing allerdings von den Truppen, ihren Befehlshabern, vom Bündnisstatus und nicht zuletzt von der Dauer des Aufenthaltes ab. Kurzfristige Truppeneinzüge erfolgten in den meisten Fällen chaotisch. Besonders während militärischer Einsätze und nach errungenen Siegen zeigten Soldaten wenig Verständnis für die Zivilbevölkerung und ihre Bedürfnisse. Dann war es üblich, dass Nahrungsmittel sogar unter Gewaltandrohung eingefordert wurden. Während die Stadtbewohner meistens glimpflich davorkamen, mussten die Menschen auf dem Land auch Raub, Gewalttaten und Plünderungen über sich ergehen lassen. Besatzungstruppen hingegen, die sich langfristig vor Ort aufhielten, hatten den Vorteil, dass Verordnungen das Zusammenleben von Einwohnern und Militärangehörigen regelten. Selbst die Offiziere forderten die eigenen Truppen zu Disziplin auf. Indem sie Exzesse vermieden, wollten sie sich die zivile Unterstützung für ihre militärischen Vorhaben dauerhaft sichern. Wie zahlreiche reichsstädtische Dekrete belegen, setzte sich der Magistrat in den Kriegsjahren permanent dafür ein, die Einquartierungs- und Versorgungslast unter den Bürgern gerecht zu verteilen und auf ein Minimum zu reduzieren. In akuten Kriegssituationen waren die Bemühungen jedoch vergeblich. Militärische Interessen hatten absoluten Vorrang – ganz gleich, ob es sich um verbündete oder feindliche Truppen handelte. Während einer Belagerung und Blockade der Stadt konnte die städtische Obrigkeit gegen das militärische Primat daher nichts ausrichten.

In den Kriegen um 1800 war es ohnedies üblich, über das praktizierte Requisitionssystem die Versorgung durchziehender Heere auf die Lokalbevölkerung abzuwälzen. Indem man auf schwere Versorgungstrosse verzichtete, konnten die Truppen schneller und beweglicher durch das Land ziehen. Im Zeitalter der Massenheere stellte die Truppenversorgung und -unterbringung bereits ohne Kriegsbedrohung eine große Herausforderung dar. Auf die rund 11.000 Menschen in Ulm kam schnell ein Vielfaches an Soldaten. Im Sommer 1800 weilten angeblich ganze 100.000 bis 150.000 Militärangehörige im Ulmer Raum, im März 1801 immer noch 20.000 Mann. Die Einquartierungen von derart großen Heeren sprengten schnell die räumlichen Möglichkeiten einer Stadt wie Ulm. Da großräumige Gebäude zur Unterbringung fehlten oder nicht ausreichten, wurden in den Revolutionskriegen die Soldaten in Bürgerhäusern untergebracht. Die Bürgerfamilien teilten ihre Wohnungen und Betten mit den Soldaten, was die Wohn-

verhältnisse extrem beengte. Besonders die Versorgung mit Essen und Trinken rief „Jammer und Klagen“ bei den Ulmern hervor, weil damit für die Quartiergeber zusätzlicher Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden war. Oft kam es zu Streitigkeiten, da die Soldaten mit der gereichten Kost nicht einverstanden waren und kostbarere Speisen und Alkoholika einforderten. Die dadurch entstehenden Kosten trafen die Ulmer sehr empfindlich. Bereits ein Esser mehr am Tisch konnte in Kriegszeiten zu bedeutend höheren Ausgaben führen und die finanziellen Möglichkeiten einfacher Haushalte rasch überstrapazieren. Ebenso waren die militärischen Gäste unerwünscht, weil sie Ungeziefer und Krankheiten im Schlepptau hatten. Wenn die Soldaten das Quartier wieder verließen, blieben oftmals Wanzen, Läuse, Flöhe oder gar Krätzemilben in den Betten zurück und gingen auf die Bürger über. Auch das gefürchtete Nervenfieber breitete sich über einquartierte Soldaten auf Stadtbewohner aus. Um 1800 war die Furcht vor infektiösen Krankheiten groß, weil dadurch ein vorzeitiger Tod drohte und manchmal gleich mehrere Familienmitglieder gleichzeitig dahingerafft wurden.

Das Andauern der Kriege über Jahre hinweg trug ebenfalls seinen Teil dazu bei, die Belastung der Ulmer ins Unerträgliche zu steigern. Während die Stadtbevölkerung die Einquartierung fremder Truppen in den 1790er Jahren relativ geduldig ertrug, mehrten sich die Klagen, je länger der Kriegszustand anhielt. Die ständigen Aufenthalte von Soldaten in Ulm zehrten beträchtlich an den lokalen Ressourcen und wurden schließlich zur Belastungsprobe. Selbst wenn Militärmagazine in Ulm errichtet wurden, kamen die eingelagerten Nahrungsmittel und Rohstoffe aus der Region. Die militärischen Verantwortlichen forderten diese meist unentgeltlich ein oder bezahlten mit wertlosen Quittungen. Daher kam die Stadt für entstehende Kosten auf, die sie wiederum über Kriegs- und Extrasteuern auf die Bevölkerung abwälzte. So zahlten die Ulmer stets doppelt: Einmal in Form von Naturalien, einmal in Form von Steuern. Kein Wunder, dass man in Ulm schließlich vom „Quartier- und Auß-Esser-Krieg“ sprach.

Während der militärischen Ausnahmesituation vom Sommer 1800 waren die Lebensmittelvorräte also schon knapp, bevor die Blockade Ulms begann. Zwar rief der Magistrat dazu auf, sich mit Vorräten einzudecken, doch der entsprechende Vorhalt wurde erst zwei Tage nach dem Beginn der Blockade veröffentlicht. So war sich in Notzeiten jeder selbst der Nächste. Aber ganz gleich wie reichlich die Vorratskammern ausgestattet waren – oder eben nicht, während der Belagerung mussten die Ulmer mehr Personen versorgen, als zum Haushalt gehörten. Dies wurde vom eigenen Mund abgespart, so dass der Nahrungsmittelmangel fast an Hungersnot grenzte. Dies galt jedoch nur für die Zivilbevölkerung: Im Jahr 1800 verfügte das österreichische Militär über relativ gut ausgestattete Magazine innerhalb der Stadt. Obgleich die Soldaten mit der mageren Kost nicht einverstanden waren, war auf diese Weise doch die Grundversorgung der Soldaten gesichert.

Während des Feldzuges von 1805 sah dies wiederum ganz anders aus. Im Oktober 1805 wurde die städtische Versorgungspflicht von den einquartierten Soldaten vehement eingefordert. Sogar als die Menschen in der Stadt bereits Hunger litten, bestand der kommandierende Feldmarschall Mack darauf, den österreichischen Soldaten eine „Hausmannskost nebst einer Maas Bier oder halben Maas Wein“ zu reichen. Als Reaktion auf diese unrealistische Forderung stellte der damalige Polizeidirektor von Stetten verzweifelt die Frage: „Woher aber dies nehmen? Da nur noch einige Kühe, kein Rind vieh, nicht einmal mehr ein Hamel in der Stadt war, da nicht einmal Brod für theures Geld zu erhalten war?“ Als Ausweg schlug der österreichische Kommandant vor, einfach Pferdefleisch zu essen.

Hinzu kam, dass das Zusammenpferchen von Zivil- und Militärbevölkerung auf engstem Raum reichlich Konfliktpotenzial barg. Exzesse fanden größtenteils in Zusammenhang mit Forderungen nach Nahrungsmitteln statt. Die Soldaten führten sich dann „auf recht grobe art“ auf, wenn die Soldaten mehr forderten, als ihnen zustand. Streitigkeiten und Handgreiflichkeiten gehörten in den Quartieren zum Alltag. Außerdem mussten die Quartiergeber ständig um ihren Besitz fürchten, denn unter Alkoholeinfluss randalierten die Soldaten in den Quartieren, indem sie mutwillig Fensterscheiben einschlugen, Mobiliar zerstörten und die Zimmer derart verunreinigten, dass man sie „vor Gestank“ nicht betreten konnte. Teilweise musste man um sein Leben fürchten. Wenn die Hausbesitzer versuchten, die wütenden Soldaten zu besänftigen, „wurden sie noch toller [...] und [man] hatte nur zu thun um noch [mit dem Leben] davon zu kommen.“, wie Chronist Kleemann aus eigener Erfahrung zu erzählen wusste. Die Stadtbewohner waren also großen Unannehmlichkeiten und sogar Risiken ausgesetzt, wenn sie fremde Soldaten in ihrem Haus aufnahmen. Dabei standen sich die Soldaten der verschiedenen Truppen in nichts nach. Allein die Russen scheinen größere Exzesse verursacht zu haben, als die Stadtbewohner es von den Österreichern und Franzosen gewohnt waren. Wilhelm Friedrich Burger zufolge hatte Ulm „solche unangenehme Gäste [...] noch nie gehabt.“ Nur wenn die Generalität entsprechend durchgriff und für „gute Mannszucht“ sorgte, „hielten sich“ die einquartierten Soldaten angeblich „ruhig, ließen sich gut füttern und kleiden“.



Nachdem die ersten drei Koalitionskriege in Ulm und Umgebung ausgetragen worden waren, gehörte die ehemalige Reichsstadt in den Kriegsjahren nach 1805 nicht mehr zum unmittelbaren Austragungsort der Kämpfe. Dennoch büßte die Stadt ihre strategische Bedeutung nicht ein: Während des Vierten und Fünften Koalitionskrieges diente die schwäbische Donaustadt als zentraler Etappenort mit Magazinen, Artillerieparks, Kriegslazaretten und Gefangenenlagern. Somit blieben Truppendurchzüge, soldatische Präsenz und militärische Vorbereitungen für Ulm nach wie vor die Regel. Darüber hinaus kam eine neue Kriegsbelastung hinzu. Seit 1802 galt mit dem Übergang Ulms nach Bayern und 1810 nach Württemberg die allgemeine Wehrpflicht. Ulmer Bürgersöhne wurden nun zum Dienst an der Waffe verpflichtet und kämpften für den neuen Landesherrn. Dies stieß natürlich auf sehr viel Missmut und die Ulmer setzten alles daran, Befreiungsgesuche zu erwirken und die Wehrgesetzgebung zu umgehen – meist aber ohne Erfolg. Damit fanden nun Krieg und Kriegsvorbereitungen nicht nur vor der eigenen Haustüre statt, sondern die Ulmer mussten ab 1802 auch noch selbst für die neuen Herrscher in den Krieg ziehen. Erst im Jahr 1815 hörten der Krieg und damit all seine Auswirkungen auf Land und Leute nach über zwei Jahrzehnten für Ulm auf.

ANDREAS- GASTUNG 2016

Anlässlich des 227. Stiftungsfestes trafen sich die Herren der Museumsgesellschaft in der Oberen Stube zur Andreasgastung am Samstag, den 26. November 2016. Den Festvortrag hielt der baden-württembergische Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf. Unter dem Titel „Politikergeschwätz – oder: Die Kunst des richtigen Tons“ führte uns Guido Wolf humorvoll und kurzweilig in die Welt der Politik und des öffentlichen Lebens, in der es gelegentlich auch auf Behutsamkeit und die richtige Tonlage ankommt.

Guido Wolf wurde 1961 in Weingarten geboren und studierte Rechtswissenschaften. Der ehemalige Verwaltungsrichter und Kommunalpolitiker aus Leidenschaft war Landrat von Tuttlingen und seit 2006 Mitglied des baden-württembergischen Landtags, dessen Präsident er 2011 wurde. Seit Mai 2016 ist er Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg.



Für seine Einladung zur Andreasgastung hat er sich bei der Museumsgesellschaft mit folgendem Schreiben bedankt:

Noch heute ist es mir in bester Erinnerung, wie ich im November 2016 bei der Andreasgastung vor den ehrwürdigen Herren der Museumsgesellschaft gesprochen habe. Insbesondere von der ungeteilten Aufmerksamkeit des Publikums war ich geradezu beeindruckt. Diese hatte mir ihr Vorsitzender Klaus Rinkel zwar schon im Vorfeld angekündigt, so ganz konnte und wollte ich es aber nicht glauben. Denn Sie wissen ja, eigentlich teilt der Politiker gemeinhin sein Schicksal mit dem des Friedhofsverwalters:

Er hat eine Menge Leute unter sich, aber keiner hört

zu. Das war an diesem humorvollen und kurzweiligen Abend ganz anders. Für mich war es eine erfrischende Begegnung, wobei nicht die Parteipolitik, sondern Fragen der „Politischen Logik“ die Gespräche dominierten. In den Zielen ist man sich häufig einig, allein die Wege dorthin werden unterschiedlich beschritten. Man könnte es vielleicht so auf den Punkt bringen:

*Sagt ein Schwarzer mal zu dir:
„Zwei und nochmal zwei gibt vier“,
musst als Roter du verneinen,
dir zuliebe und den Deinen.
Stellt dann aber tags darauf
Rot die Gegenthese auf,
die alleine richtig sei:
„Vier besteht aus eins und drei“,
protestiert aus reinem Sport
Schwarz und widerspricht sofort.
Meldet sich auf off'ner Bühne
jetzt auch schließlich noch der Grüne,
komplettiert das ganze Spiel:
„Vier mal eins gibt grad so viel“,
kontert Gelb vom Zorn getrieben:
„Unsinn, vier ist elf weg sieben“.
Dies erklärt zu jeder Frist,
was politisch logisch ist.*



„Keine Schuld ist dringender, als die, Dank zu sagen“, wusste schon der römische Staatsmann Cicero. Ich möchte es daher nicht versäumen, Ihnen auch auf diesem Weg erneut für Ihr großartiges Engagement zu danken. Ursprünglich als „Ulmische Lesegesellschaft“ im Geiste der Aufklärung gegründet, existiert die Museumsgesellschaft seit 1789. Passend zur Französischen Revolution, die im selben Jahr ihren Höhepunkt erreichte, bildete auch in Ulm reformerisches Gedankengut die Grundlage der Gründung. In der Gründungsversammlung vor mehr als 200 Jahren wurden folgende Grundsätze in den Mittelpunkt aller Aktivitäten der Gesellschaft gestellt: „An das Wohl des Gemeinwesens denken, Standesinteressen opfern, Eintracht unter allen Bürgern der Stadt herstellen.“ Es beeindruckt mich, dass Sie sich diesen Grundsätzen in zeitgemäßer Form bis heute verpflichtet fühlen.



oben: Minister Guido Wolf
unten: Dankesrede des
Vorsitzenden der Gesellschaft,
Klaus Rinkel

Durch ihre monatlich stattfindenden Gesellschaftsabende zu Themen der Kunst und Kultur, bereichern Sie die Ulmer Kulturszene. Mit ihrem eigens gestifteten Preis für junge Wissenschaftler an der Schnittstelle von Geistes- und Naturwissenschaften sowie für junge Historiker, die sich der Stadtgeschichtsforschung widmen, fördern Sie junge Menschen und sorgen dafür, dass die Kulturhistorie in Ulm weiterlebt. Für all diese Aktivitäten gilt Ihnen mein persönlicher Dank. Und Sie wissen: Der Dank ist die schärfste Form der Bitte, genau so weiterzumachen!

Ich wünsche der Museumsgesellschaft Ulm sowie allen Freunden und Förderern alles Gute und weiterhin viel Erfolg bei Ihrem Wirken.

Mit herzlichen Grüßen

*Guido Wolf MdL
Minister der Justiz und für Europa*



VERÄNDERUNGEN IM VORSTAND DER MUSEUMS- GESELLSCHAFT

2016 sind mit Heide Lehmann und Heinz-Bernd Gantz zwei langjährige Mitglieder aus dem Vorstand ausgeschieden. Heide Lehmann war seit 1987 Schriftführerin, Heinz-Bernd Gantz seit 1993 Kassenswart der Gesellschaft gewesen. Die Museumsgesellschaft ist ihnen für ihre lange ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand sehr dankbar!

Im Folgenden stellen sich die neu nachgerückten Vorstandsmitglieder vor.



Susanne Pierburg
Schriftführerin

Geboren und aufgewachsen in Ulm.
Ich bin verheiratet und lebe in Söflingen.

1976 BWL-Studium in Mannheim. Danach Bankerin mit Schwerpunkt Kreditgeschäft in verschiedenen Kreditinstituten deutschlandweit. 2000 Risikomanagerin, verantwortlich für Sanierungen und Insolvenzen in Ostdeutschland und im Bodenseegebiet. Seit 2007 bin ich Freiberuflerin.

Erste Berührungen mit der Museumsgesellschaft hatte ich durch meine Eltern. Von 1969 bis 1976 war ich aktiv tätig in der Museumsjugend und habe verschiedene Veranstaltungen organisiert. Sehr beliebt waren die Partys und Skiausflüge.

Meine Aufgabe in der Museumsgesellschaft ist die Protokollführung bei den Vorstandssitzungen und die Gestaltung der Räume für die Gesellschaftsabende. Ich möchte, dass die Gesellschaft prosperiert in der heutigen Zeit, da sie für mich die Pflege von Kunst, Kultur und gesellschaftlichem Miteinander verkörpert.



Martin Reutter

Kassenwart

Geboren 1968 in Ulm. Abitur am Kepler-Gymnasium Ulm. Studium an der Universität Ulm und an der Württembergischen Notarakademie in Stuttgart. Abschluss als Württembergischer Notariatsassessor (Befähigung zum Notaramt). Danach Notarvertreter in Stuttgart. Ab 1998 in eigener Kanzlei in Stuttgart, seit 2007 in Ulm, spezialisiert tätig als gerichtlich bestellter Vermögensverwalter in Nachlasssachen, Testamentsvollstrecker und Erbschaftsgenealoge. Verheiratet, zwei Kinder. Wirkt gerne dabei mit, das historische Vermächtnis und den hohen, gesellschaftlichen Gemeinnutzen der Museumsgesellschaft gut in die Zukunft zu tragen.



Patrick Förster

Ausschussmitglied für den Bereich Veranstaltungsorganisation

Geboren 1982 in Oranienburg. Nach Abschluss der Realschule Absolvierung einer Ausbildung zum Fachwirt für ambulante medizinische Versorgung im Schwerpunktbereich Praxismarketing und Management in Berlin. Während meiner Schulzeit arbeitete ich ehrenamtlich im Jugendrotkreuz als Gruppenleiter, Ausbilder und Referent für Konfliktmanagement und Gewaltpräventionen. Nach meiner Grundausbildung in Hamm wurde ich im Juni 2004 an das Bundeswehrkrankenhaus Ulm versetzt.

Seit 2004 bin ich am Bundeswehrkrankenhaus Ulm als Berufssoldat tätig. In der Klinik für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde bin ich als Hauptfeldwebel und Abteilungsfeldwebel bei Prof. Dr. med. habil. Dr. h.c. M. Tisch tätig. Im Jahr 2006 ging ich in meinen ersten Auslandseinsatz nach Afghanistan. Diesem folgten 2011 und 2014 zwei weitere. Von der Bundeshauptstadt nach Ulm gekommen, stellte ich nach kurzer Zeit des Einlebens fest: Ulm ist eine „Kleinstadt mit Großstadtflair“. Um es kurz zu sagen: Ich habe Ulm schätzen und lieben gelernt! Seit 2014 bin ich (das jüngste) Mitglied der Gesellschaft. Verheiratet, ein Sohn kommt im Juni zur Welt.

Die Gesellschaft dankt den „Neuen“ für ihre Bereitschaft, sich für die Ziele der Museumsgesellschaft einzusetzen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Museumsgesellschaft Ulm e.V.
Neue Straße 85, 89073 Ulm
info@museumsgesellschaft-ulm.de
www.museumsgesellschaft-ulm.de

Redaktion

Dr. Wolf-Dieter Hepach
Dr. Henning Petershagen
Klaus Rinkel
Prof. Dr. Michael Wettengel
c/o Stadtarchiv Ulm
Weinhof 12, 89073 Ulm
www.stadtarchiv.ulm.de

Gestaltung

www.sabelutz-grafik.de

Druck

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Bildnachweis

Florian Arnold: S. 13 unten, 14, 15 unten
Franz Bosch: S. 8 unten, 38–40
Achim Bunz, München: Rückseite
Kathrin Häckert: S. 15 Mitte
Kunstabibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin: Titelbild
Privatbesitz Anja Gerter und Nargiza Alimova: S. 4, 5 unten
Klaus Rinkel: S. 5 oben, 6, 7, 9–12, 17
Patrick Schmidt: S. 13 oben, 15 oben
Stadtarchiv Ulm, Samuel Tschaffon: S. 8 oben, 16, 26, 28, 29, 36
Stadtarchiv Ulm: S. 18, 21, 24, 30–33



Museumsgesellschaft Ulm e. V.
Neue Straße 85, 89073 Ulm
info@museumsgesellschaft-ulm.de
www.museumsgesellschaft-ulm.de